

ARBEITSKREIS ZUR ERFORSCHUNG DES NATIONALSOZIALISMUS IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

Geheimes Staatspolizeiamt				Sachliche Übermittlung			
Empfänger		Absender		Empfänger		Absender	
Nr.	Ort	Nr.	Ort	Nr.	Ort	Nr.	Ort
		Geheimes Staatspolizeiamt - 8. APR. 1938 (Stamp: 1938 APR 8 12:00)					
St. 42994		Telegramm - Handbuch - Fernschreiben - Fernbuch					
+ KIEL NR. 4264 8/4 1437 == AN GESTAPA BERLIN == BETRIFFT: EINDRIGEN IN DAS HELDENEHRENMAL IN KIEL UND VERNICHTUNG EINES DORT LIEGENDEN KRANZES DER SA-GRUPPE NORDMARK. = VORGANG: MEIN TAGESBERICHT VOM 28.1.36. = DIE VON DER KRIMINALPOLIZEI KIEL ABGESCHLOSSENEN ERMITTLUNGEN HABEN KEINEN ANHALT FUER DIE FESTSTELLUNG DES TAETERS ERBRACHT. DS STRAFVERFAHREN GEGEN UNBEKANNT WURDE DURCH DEN OBERSTAATSANWALT IN KIEL AM 13.3.36 EINGESTELLT. AKTENZ. 4. JS. 69/36. =							
STAPO KIEL ROEM 2/3 A NR. 410/36 +							
IIIA-B.N. 377							

INFO NR. 4

S. Blum

I.: INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
II.: Aufsätze	3
III.: Berichte	30
IV.: Projekte/Aufrufe	33
V.: Mitgliedernachrichten	36
VI.: Rezensionen	37
VII.: Dänische Neuerscheinungen zur Zeitgeschichte	40
VIII.: Pressespiegel	42

Herausgeber: Arbeitskreis zur Erforschung des National-
sozialismus in Schleswig-Holstein

Redaktion: Detlef Korte, Werftstr. 17, 2300 Kiel 14,
Tel.: 0431/728414

Bezug: Das Info wird an Mitglieder des Arbeitskreises,
an Bibliotheken, Archive, Forschungseinrichtungen
etc. kostenlos versandt.
Für interessierte Personen besteht die Möglich-
keit eines Förderabonnements zum Preis von 15.-
DM (incl. Porto) pro Jahr (3 Hefte).
Überweisungen (gleichzeitig als Bestellungen)
können auf das Konto: Rechtsanwalt Volker Lassen,
Olshausenstr. 20, 2300 Kiel 1, Ktonr. 219 537 -
206 beim Postgiroamt Hamburg (BLZ 200 100 20)
getätigt werden.

Redaktions-
schluß: 1. Oktober 1984

Auflage: 200 Expl.

Vermerk: Für den Inhalt der einzelnen Beiträge sind die
am Artikelende jeweils genannten Autoren selbst
verantwortlich.

II.: AUFSÄTZE:

II.1.: Das Lager auf dem Brüderhof

Vorbemerkungen: Von 1979 bis 1981 erforschten wir in einer Gruppe von sieben Studenten und zwei Dozenten der "Evangelischen Fachhochschule für Sozialpädagogik der Diakonienanstalt des Rauhen Hauses" in Hamburg die Geschichte des Rauhen Hauses und seiner Brüderschaft im Nationalsozialismus. Wir wollten u. a. herausfinden, ob und wie sich der Faschismus in diesem Werk der evangelischen Diakonie, in dem wir studierten und arbeiteten, durchgesetzt hatte. Hieraus hofften wir auch Konsequenzen für unsere eigene Identität als Diakone und Diakoninnen ziehen zu können.

Das Rauhe Haus, 1833 von J.H. Wichern gegründet, unterhält heute ein weit verzweigtes Kinder- und Jugendheim, ein Alters- und Pflegeheim, eine Gesamtschule und die o.g. Fachhochschule. Die dort ausgebildeten und eingesegneten Diakone und Diakoninnen - etwa: Sozialarbeiter(innen) der evangelischen Kirche - haben sich in einer Brüder- und Schwesternschaft zusammengeschlossen.

Unsere Forschungsgruppe stellte fest: "Die überwiegende Mehrheit der maßgeblichen Männer im Rauhen Hause begrüßte die nationalsozialistische Machtergreifung und das Dritte Reich, wollte aber das Rauhe Haus als selbstständige Einrichtung erhalten und eine drohende Verstaatlichung der Anstalt verhindern. Durch demonstratives Wohlverhalten gegenüber den Nationalsozialisten versuchten sie, den Behörden keinen Anlaß zu Sanktionen zu geben" (1).

Wir erhielten nun mehrere mündliche Hinweise auf ein "Schulungslager" für junge Juden, das sich ab 1934 auf einer Außenstation des Rauhen Hauses, dem Brüderhof in Harksheide im damaligen Kreis Stormarn, befunden hatte. Wir sprachen darüber mit Diakon FÜßinger, der 1927 - 66 Inspektor der Anstalt war und nach seinen Angaben im März 1933 auf dringenden Wunsch des Vorstehers und auf Beschluß der Hauskonferenz zusammen mit dem Schuldirektor und dem Büroleiter in die NSDAP eintrat. Nach seinen Angaben, die er später noch schriftlich präzierte (2), kam im Mai 1934 ein Herr Sternberg vom "Verein Deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens" in die Anstalt, um ein Haus für ein Umschulungslager zu mieten. Daraufhin hätte er Herrn Sternberg den Brüderhof angeboten und beim schleswig-holsteinischen Gauleiter und Reichsstatthalter Lohse die Genehmigung zur Einrichtung des Lagers eingeholt. Stattdessen vertrat Probst Prehn, mit dem wir ebenfalls sprachen, die Meinung, daß das Lager "auf eine Art Beschlagnahme der Nationalsozialisten" zurückginge. Das Rauhe Haus vermietete den nahezu leerstehenden Hof, um einer wirklichen Beschlagnahme zu entgehen. Probst Prehn beobachtete nach der nationalsozialistischen Machtergreifung als junger Pastor der Bekennen-

den Kirche kritisch die Entwicklung des Rauhen Hauses und wurde 1957-72 selbst sein Vorsteher. Während Diakon FÜßinger uns erklärte, mit der Vermietung des Hofes "600 Menschen vor vielem bewahrt" zu haben, meinte Probst Prehn: "Das war kein Lager, um den Juden zu helfen!"(3). Schließlich lasen wir bei Georg Daur, daß der Brüderhof im Oktober 1934 - also vor genau 50 Jahren - an den Verein vermietet worden war (4).

Von reiner Neugier getrieben, versuchte ich in den letzten Jahren, mehr Informationen über dieses Lager zu erhalten. Mich interessierte vor allem:

- Mit welchem Ziel und Inhalten wurden dort Schulungen durchgeführt? Wer veranstaltete sie? Woher kamen und wohin gingen die Juden, die dort geschult wurden?
- Wie kam es zur Einrichtung des Lagers? Wurde sie von den NS-Behörden geduldet, genehmigt oder sogar vorangetrieben? Welche Rolle nahm dabei das Rauhe Haus ein?

Ich fragte bei verschiedenen Einrichtungen und Personen nach und studierte gelegentlich Literatur zum geschichtlichen Hintergrund. So fand ich nach und nach einige interessante Informationen, die ich im Herbst 1983 in einem Artikel für das Mitteilungsblatt der Brüder- und Schwesternschaft des Rauhen Hauses "Der Brüderbote" zusammenfasste. Der Artikel erschien dort im Frühjahr 1984 im Brüderboten Nr. 1/1984, Seiten 13 ff. Ich gebe diesen Artikel gerne mit einigen Ergänzungen und Erläuterungen zum Abdruck in diesem Info wieder.

Für Informationen und Anregungen möchte ich auch hier gerne danken: Herrn Barlev aus Köln, der ca. 1935/36 selbst auf dem Brüderhof lebte; Herrn Mosel und Herrn Wertheimer von der Deutsch-Jüdischen Gesellschaft Hamburg; Herrn Sielemann vom Staatsarchiv Hamburg; der Jüdischen Gemeinde Hamburg. Ich wurde bald darauf hingewiesen, daß das Lager auf dem Brüderhof nicht vom "Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens", sondern von einer jüdischen Jugendorganisation mit dem Namen "Hechaluz" (hebräisch: Der Pionier) getragen wurde. Dies ist besonders bemerkenswert, da Hechaluz und Centralverein jeweils eine der beiden Hauptströmungen im deutschen Judentum vertraten.

So konnte ich besonders folgende Quellen benutzen:

- Scholem Adler-Rudel, Jüdische Selbsthilfe unter dem Naziregime 1933-1939, Tübingen 1974
- Jehuda Barlev, Hechaluz - Deutscher Landesverband, Ein Bericht über seine Arbeit 1933-1938, ungedruckt, geschrieben 1979. Mit Herrn Barlev konnte ich außerdem in Köln ein Gespräch führen.
- Perez Leshem, Straße zur Rettung, Tel Aviv 1974 (P. Leshem, Mitbegründer der deutschen Hechaluz und Generalkonsul Israels in der BRD 1963-67, beschreibt im ersten Teil die Geschichte, im zweiten Teil die Auslandsarbeit des deutschen Hechaluz)
- Hilfsausschuss der vereinigten jüdischen Organisationen in Hamburg, Hilfe und Aufbau, Hamburg 1935
- Otto Kröger, Chronik der Gemeinde Harksheide, Harksheide 1963 (O. Kröger streift allerdings nur gelegent-

lich die NS-Zeit, umso anschaulicher schildert er die Schrecken der letzten Kriegsmonate und die anschließende "Besatzungszeit" durch die "Feindmächte")

- Arnold Pauker, Der jüdische Abwehrkampf, Hamburg 1968 (A. Pauker schildert und dokumentiert hauptsächlich die Arbeit des Centralvereins)
- Schimon Reich, Der Galil Nord-West des deutschen Hechaluz, in: Gemeindeblatt der Deutsch-Israelitischen Gemeinde Hamburg, Nr. 6, 12. Jahrgang, vom 12.6.1936
- Rudolph Rietzler, Kampf in der Nordmark, Neumünster 1982

Soweit sich im folgenden Text die Angaben eindeutig aus diesen Quellen ergeben, verzichte ich auf konkrete Quellenangaben.

Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens: Der Centralverein wurde 1893 gegründet, um "die deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens ohne Unterschied der religiösen und politischen Richtung zu sammeln, um sie in der tatkräftigen Wahrung ihrer staatsbürgerlichen und gesellschaftlichen Gleichstellung sowie in der unbeirrbaren Pflege deutscher Gesinnung zu bestärken" (aus § 1 der CV-Satzung). Er wurde bald zur größten Organisation jener Juden, die nach Gleichstellung und Assimilation strebten und einen jüdischen Nationalismus ablehnten. Von 1919 bis zu seiner erzwungenen Auflösung 1938 vertrat er zwischen 60.000 und 70.000 Mitglieder; 1924 behauptete er sogar, 85% der deutschen Juden zu repräsentieren. Politisch standen große Teile des Centralvereins der liberalen Deutschen Demokratischen Partei (DDP) oder der SPD nahe. Seinen Mitgliedern gab der Verein Rechtsschutz und beriet sie in wirtschaftlichen Fragen. Hauptsächlich bekämpfte er jedoch in seiner C.V.-Zeitung sowie in zahlreichen Flugschriften, Broschüren, Protestschreiben usw. den wachsenden Antisemitismus. Bis 1938 unterhielt er hierfür den vereinseigenen Philo-Verlag, dessen letztes Werk ein Atlas mit Tabellen und Karten zur Auswanderung war.

Hechaluz: Junge Zionisten gründeten 1917 in Osteuropa und den USA den Hechaluz. Vier Jahre später schufen sie einen Weltverband mit Sitz in Warschau, der bis 1939 etwa 100.000 Mitglieder zählte. Ihr Ziel war es, andere junge Menschen körperlich und geistig auf die Auswanderung nach Palästina vorzubereiten. Für diese Hachschara (hebr.: Ertüchtigung) gründeten sie meist eigene Kibbuzim und versuchten, ihr Leben und Arbeiten auf die Verhältnisse im damaligen Palästina auszurichten. Zu ihrem Programm gehörte harte, körperliche Arbeit im Handwerk und in der Landwirtschaft, der Übergang zur hebräischen Sprache sowie das Studium der jüdischen Religion, Kultur und Geschichte. Außerdem sollten sich die jungen Chaluzim (hebr.: Pioniere) mit den Zielen und Programmen der jüdischen Arbeiterbegeugung identifizieren lernen; denn der Hechaluz verstand sich als eine Art internationaler Jugendbewegung der jüdischen Gewerkschaft Histadrut. Delegierte der Histadrut betreuten die Kibbuzim, berieten die Auswanderer und unterhielten die Kontakte nach Palästina. Die Mitglieder des Hechaluz "er-

strebten die Schaffung einer gerechten Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung - getragen von produktiver Selbstarbeit - ohne Ausbeuter und Ausgebeutete. Zugleich suchten sie in Palästina die Befreiung von materieller und geistiger Unterdrückung in den Ländern Osteuropas, vom politischen Haider der westlichen, hochentwickelten Nationalstaaten des klassischen Kapitalismus, von der Überbewertung des Materiellen. Sie hofften auf einen Neubeginn für ihr junges Leben, das sie ... in eigener Verantwortung gestalten wollten" (5). Anders als in den osteuropäischen Staaten wuchs die 1922/23 nach Deutschland getragene Bewegung unter den assimilierten Juden des Reiches nur sehr langsam. Im Oktober 1932 zählte der deutsche Hechaluz noch 589 Mitglieder, davon waren 194 Mädchen (auch bis 1938 waren ca. 2/3 der Mitglieder Jungen). Mit der nationalsozialistischen Machtergreifung stieg das Interesse an seiner Ausbildung sprunghaft an. Ende 1933 betreute er bereits zwischen 13.000 und 15.000 junge Menschen (in den Quellen werden unterschiedliche Zahlen genannt) in 75 Ortsgruppen. Dies waren im allgemeinen junge Juden, kaum noch religiös, kleinbürgerlicher Lebensart. Meist kaufmännisch tätig gewesen, auf sozialen Aufstieg bedacht, sahen sie sich unerwartet aus ihrer Berufs- und Lebensbahn gerissen. Unter ihnen waren auch Studenten und junge Akademiker, deren Laufbahn auf den Hochschulen, in ärztlicher Praxis, in Anwaltsbüros und Reglerungsämtern plötzlich abgebrochen war. Unvorbereitet standen sie dem materiellen und gesellschaftlichen Nichts gegenüber, gemieden und gedemütigt. Diese Generation des jüdischen Mittelstandes, der seit dem Boykotttag am 1. April 1933 zermalmt wurde, kam zum "Hechaluz" nicht aus Kenntnis oder Überzeugung. Sie kam aus einer Notlage und in der Hoffnung, einen Anhaltspunkt zu finden, der ihrem Leben eine neue Richtung geben konnte ... Sie war bereit, das zionistische Gedankengut kennenzulernen, den Weg des 'Arbeitenden Palästinas' zu versuchen, Unbekanntes zu erproben und allem eine Chance zu geben, was Aussicht auf Lebensunterhalt und Beständigkeit zu versprechen schien" (6).

Ab 1935 baute der Hechaluz noch eine besondere Hachschara für arbeitslos gewordene, 14 - 17 Jahre alte Schulabgänger auf. Sein hauptsächlichstes Angebot richtete sich jedoch an junge Juden im Alter von 18 - 30 Jahren.

Zur Ausbildung dieser Menschen suchte der Hechaluz in ländlicher Umgebung Kibbuzim, die durch ihre Abgeschlossenheit und Primitivität den Verhältnissen im damaligen Palästina ähnlich waren. Ein solcher Kibbuz entstand auf dem Brüderhof.

Bei den tiefgreifenden Unterschieden und Spannungen, die noch 1934 zwischen dem Centralverein und den Zionisten bestanden, halte ich es für wenig wahrscheinlich, daß sich im Mai jenes Jahres tatsächlich ein Vertreter des Centralvereins für einen Kibbuz des Hechaluz eingesetzt hatte. Beide Gruppen arbeiteten zwar seit der Machtergreifung der Nationalsozialisten auf verschiedenen Ebenen zusammen, z.B. im "Hilfssausschuß der vereinigten jüdischen Organisationen in Hamburg", aber der Centralverein organisierte selbst

keine Auswanderungen nach Palästina. Wie mir Herr Barlev erklärte, arbeitete Hans Sternberg für den "Reichsausschuss der jüdischen Jugendverbände", der wiederum der "Reichsvertretung der Juden in Deutschland" angehörte. Da andererseits Herr Füßinger fest davon überzeugt ist, damals mit dem CV-Vertreter Sternberg, der ihm zudem persönlich bekannt war, verhandelt zu haben, stehe ich vor einem kleinen Rätsel. Ein Kibbuz auf dem Brüderhof: Der Brüderhof liegt im Harksheider "Zwickmoor", dessen größter Teil am 30.4.1923 (7) vom Kreis Stormarn an das Rauhe Haus verkauft wurde. Vor dem Verkauf gab es einige Auseinandersetzungen in der Gemeinde Harksheide, da dort viele Bürger das Zwickmoor gerne vollständig als Gemeindebesitz erworben hätten. Noch am 6.3.1923 beschloß die Gemeindevertretung einstimmig, das Zwickmoor für 120 Mio. Mark vom Kreis anzukaufen. Das Vorhaben scheiterte anscheinend am Geldmangel der Gemeinde.

Der Brüderhof wurde 1925 zunächst mit Arbeitslosen belegt, stand aber bald weitgehend leer und brachte wenig Erträge ein. 1934 war der Hof auf zehn Jahre an den Diplom-Landwirt Leuschner verpachtet. Dieser Pachtvertrag blieb auch während der Hachschara weiter bestehen und Herr Leuschner übernahm in der Landwirtschaft die theoretische Anleitung der Chaluzim.

Im Zwickmoor wurde seit langer Zeit Torf abgebaut. So stachen auch die Jungen Torf, der als einziger Brennstoff zur Verfügung stand. Außerdem arbeiteten sie in allen Zweigen der Landwirtschaft. 1936 besaß der Hof einen Hühnerstall, einen Pferdestall und einen Kuhstall mit 14 Kühen. Weiter wurden die Jungen oft an benachbarte Bauern ausgeliehen, die als Gegenleistung mit ihrem Gespann auf dem Hof aushalfen. Wie mir Herr Barlev berichtete, war diese Arbeit bei den Chaluzim recht beliebt, da die Bauern sie gut behandelten und verpflegten. Mitunter führten sie in den Arbeitspausen auch politische Gespräche, wobei die Chaluzim ihre zionistischen Ziele erklärten und manche Bauern antifaschistische Haltungen erkennen ließen. Die Mädchen arbeiteten in der Landwirtschaft, im Haushalt und im Gemüsegarten des Pächters; außerdem führten sie die Hauswirtschaft des Kibbuz.

Einen finanziellen Lohn erhielten die Chaluzim für ihre Arbeit nicht. Vom Pächter bekamen sie Wasser, den selbstgestochenen Torf, täglich etwas Milch und im Herbst eine symbolische Menge Kartoffeln. Das Gemüse mußten sie bezahlen. Ihren Lebensunterhalt bestritten die Chaluzim mit einem monatlichen Zuschuß von 40.- Reichsmark, den sie in der Regel von ihren Heimatgemeinden oder den Eltern erhielten. Damit unterstützten sie auch einige Jugendliche, die keinen Zuschuß (mehr) erhielten. Wie Diakon Füßinger erklärte, bekam das Rauhe Haus 100.- RM Miete im Monat.

"Diakon Füßinger war verpflichtet, einmal im Monat den Brüderhof aufzusuchen und etwaige Wünsche zu regeln. Die Umschüler berieten abends mit Herrn Leuschner, welche Arbeiten am folgenden Tage erledigt werden sollten". Dies schrieb Herr Füßinger im Brüderboten 3/82. Wie mir Herr Barlev allerdings berichtete, hatten zu seiner Zeit die Chaluzim keinen Kontakt zu Mitarbeitern des Rauhen Hauses; sie wußten lediglich, daß

der Hof "der evangelischen Kirche" gehörte.

An fünf Abenden in der Woche bereiteten sich die Chaluzim geistig und kulturell auf ihr späteres Leben in Palästina vor. Nach einem festen Plan, der für jede Woche aufgestellt wurde, studierten sie die hebräische Sprache, die jüdische Kultur und Geschichte. Hierbei erhielten Themen wie Palästina-Kunde, Siedlungsformen, Probleme des Aufbauwerkes und jüdische Arbeiterbewegung eine große Bedeutung. Freitag abends erholte man sich gemeinsam beim Oneg Sabbat von den Strapazen der zurückliegenden Woche. In ihrer Freizeit blieben die Chaluzim unter sich; dabei gab es keine Kontakte zu benachbarten Bauern oder anderen Bewohnern des Dorfes.

Das Lager muß allerdings in dem kleinen Ort, der 1933 eine Wohnbevölkerung von etwa 1640 Einwohnern hatte (8), bekannt gewesen sein. Zum einen arbeiteten die Chaluzim bei den Bauern der Umgebung, zum anderen wies angeblich ein "Judenweg", heute "Harkshorner Weg", auf die Existenz des Lagers hin (9).

Von 1937-1945 gab es am nahegelegenen Falkenberg einen Truppenübungsplatz der Schutzstaffel Hitlers (SS), der mit 150 Hektar mehr als doppelt so groß wie der Brüderhof war. Ob es Ausschreitungen dieser SS-Leute oder anderer Gruppen gegenüber den Chaluzim gab, weiß ich nicht. Herr Barlev berichtete mir, daß es zu seiner Zeit auf dem Hof, bis 1936, keine Ausschreitungen gegeben hatte.

Nachdem sich die Chaluzim mindestens zwei Jahre auf den verschiedenen Gebieten der Hachschara bewährt hatten, wurden sie zur Auswanderung (hebr.: Alijah) vorgeschlagen und ein Einreisezertifikat für Palästina wurde beantragt. Um ihre Probleme zu verdeutlichen, möchte ich hier den komplizierten Weg zu einem Zertifikat stark vereinfacht beschreiben. Die britische Mandatsregierung von Palästina erteilte zweimal im Jahr eine jeweils von ihr bestimmte Anzahl Zertifikate verschiedener Kategorien. Die Kategorien reichten in zehn Untergruppen von einem Kapitalistenzertifikat für Einwanderer mit 1.000 britischen Pfund Investitionsvermögen bis zu Arbeiterzertifikaten für Chaluzim im Alter von 18-35 Jahren. Diese Zertifikate erhielt zunächst die "Jewish Agency", als internationale Vertretung der Juden in Palästina, die sie an die nationalen Palästina-Ämter verteilte. Im Berliner Amt entschied dann eine Kommission, der alle zionistischen Organisationen angehörten, über die Vergabe der Zertifikate. In der Regel erhielt sie mehr Kapitalistenzertifikate und weniger Arbeiterzertifikate als nötig, so daß ständig zwischen verschiedenen Härtefällen entschieden werden mußte. Nachdem die Chaluzim ihre Zertifikate erhalten hatten, wurde sofort ihre Ausreise in Gruppen durchgeführt.

Der Bezirk Nord-West des Hechaluz, zu dem der Brüderhof gehörte, unterhielt 1936 vier weitere Kibbuzim in Rissen und Blankenese, Aurich und Flensburg. Weiter unterhielt er ein städtisches Wohnheim in Hamburg für Chaluzim, die als Seefahrer oder in der einzigen noch jüdischen Reederei (Fairplay) arbeiteten. Es gelang dem Hechaluz nicht, seine Leute in Fabriken unterzubringen, da für eine Einstellung die Mitgliedschaft in der Deutschen Arbeitsfront und somit ein Arier-

nachweis erforderlich war. Schließlich betreute der Bezirk noch sechs Ortsgruppen, in denen sich Anwärter auf ihre Hachschara ein halbes Jahr vorbereiteten. Im Juni 1936 befanden sich 425 junge Juden in der Ausbildung des Bezirks.

Verhältnis zu den NS-Behörden: Diakon Füßinger berichtete, daß das "Lager auf dem Brüderhof" vom schleswig-holsteinischen Reichsstatthalter und Gauleiter Lohse genehmigt worden war. Hinrich Lohse trat 1923 im Alter von 27 Jahren in Altona der verbotenen NSDAP bei, wo er bald eine führende Rolle einnahm. 1925 gründete er den NSDAP-Gau Schleswig-Holstein, wurde von Strasser zum Gauführer ernannt und behielt diesen Posten bis 1945. Er zeichnete sich seit dem Beginn seiner politischen Karriere durch einen fanatischen Antisemitismus aus. Dieser Mann wurde bestimmt nicht von judenfeindlichen Prinzipien geleitet, als er die Einrichtung des Lagers genehmigte. Die Jüdische Gemeinde Hamburg schrieb mir: "Seit 1933 haben die Nationalsozialisten die Auswanderung aller jüdischen Menschen aus Deutschland gefordert, so daß es durchaus kein Entgegenkommen der NS-Herrschaft war, sondern ihre Zielsetzung und ihr Zwang, wenn der NS-Gauleiter Lohse die 'Genehmigung' zur Errichtung des Hachschara-Lagers Harksheide erteilt hat". Durch immer stärkere Repressionen sollten die Juden zum Verlassen Deutschlands gezwungen werden. Daher wurden die Bemühungen der Zionisten um eine Auswanderung zunächst weitgehend geduldet, ja sogar teilweise gefördert. So erklärte der Reichsführer SS, Chef des Sicherheitsamtes in seinem Lagebericht vom Mai/Juni 1934, betr. "Die Judenfrage": "Uns erscheint am klarsten die Stellung der Zionisten, die nicht nur der Religion nach Juden sein wollen, sondern sich auch zu ihrer jüdischen Eigenart bekennen und zu einem völkischen Staat kommen wollen. Ihre Parolen: Studiert Geschichte, treibt verstärkte Bibelstudien, pflegt jüdisches Brauchtum, lernt wider hebräisch und: Wandert aus nach Erez Israel, der gelobten Heimat". Zur Umschulungsarbeit jüdischer Jugendlicher bei deutschen Bauern, betonte er, es sei dagegen "nichts einzuwenden, wenn sie in geschlossenen Gruppen und im Hinblick auf eine spätere Auswanderung geschieht. Sie muß verhindert werden, wenn sie einzeln in deutschen Dörfern erfolgt und eine Ansiedlung in Deutschland vorbereiten soll" (10).

Besonders in den ersten Monaten und Jahren nach der nationalsozialistischen Machtergreifung herrschte jedoch oft ein kaum übersehbares Wirrwarr von scheinbar widersprüchlichen Kompetenzen und Entscheidungen. Es kam mitunter vor, daß eine jüdische Organisation nach langen Auseinandersetzungen von einer NS-Instanz ein Lager genehmigt bekam und kurze Zeit später eine andere Instanz aus purer Schikane diese Entscheidung widerrief. Außerdem waren die NS-Behörden an einer schnellen Auswanderung interessiert und verhinderten oft eine längere Hachschara. Der Hechaluz begann daher schon 1933, gut ein Drittel seiner Bildungsarbeit in das europäische Ausland zu verlegen: Nach einer Vorbereitungszeit kamen die Chaluzim in einen ausländischen Kibbutz und absolvierten dort die weitere Hachschara. Eine kurze Unter-

brechung des staatlichen Drucks gab es 1935/36, als sich das "Dritte Reich" im Rahmen der Olympischen Spiele als geordneter Rechtsstaat darstellen wollte. (Anmerkung: Im vorstehenden Absatz wollte und konnte ich keine kurze Zusammenfassung der nationalsozialistischen Vertreibungs-politik gegenüber den Juden geben; um eine solche zu er-arbeiten, fehlte mir die Zeit und das Wissen. Ich wollte nur einige Bedingungen, denen sich die Hachschara-Arbeit konkret ausgesetzt sah, aufführen). Zusätzlich erschwert wurde die Lage der auswanderungs-willigen und zur Auswanderung getriebenen Chawerim durch die kolonialen Interessen der britischen Mandatsmacht von Palästina sowie durch die massiven Spannungen, die sich zwischen den zionistischen Einwanderern und den arabischen Einwohnern von Palästina entwickelten (auch hier wäre eine genaue Analyse der beteiligten Mächte, Bewegungen und In-teressen notwendig). Als es 1936 zu bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen zwischen Juden und Palästinensern kam, wollte die britische Regierung zunächst keine wei-teren Einwanderungen zulassen. Nicht zuletzt durch die Intervention der deutschen Reichsregierung wurde diese Entscheidung rückgängig gemacht.

Das Ende der Auswanderungen: Vom 6.-15.7.1938 traf sich eine internationale Flüchtlingskonferenz in Evian am Genfer See, um über die Aufnahme der vor dem Faschismus flüchtenden Menschen zu beraten. Keine der 32 teilneh-men- den Regierungsdelegationen erklärte sich jedoch bereit, ihre bestehenden Restriktionen gegenüber den Flüchtlingen aufzuheben oder wesentlich zu verändern. In Deutschland fanden am 9.11.1938 - also nur vier Monate später - die organisierten Pogrome der Reichskristallnacht statt. Da-nach war eine geordnete Hachschara nach den Prinzipien des Hechaluz nicht mehr möglich.

Wie Herr FÜßinger berichtete, kündigte im Mai 1939 Herr Sternberg für den Verein das Mietverhältnis. "Das Rauhe Haus verpachtete sofort den Brüderhof auf 10 Jahre an die Alsterdorfer Anstalten in Hamburg zur Unterbringung von Pfléglingen, da Herr Leuschner aus seinem Pachtver-trag austreten wollte" (11).

Wie die Auflösung des Lagers durchgeführt wurde, weiß ich leider noch nicht. Auf Umwegen erreichte mich die vage In-formation, daß alle auf dem Hof gebliebenen Chawerim in ein KZ transportiert wurden. Ich halte dies für wahrschein-lich zutreffend, habe aber keine konkreten Belege dafür. Hier wäre ich für weitere Information dankbar.

Wie viele Juden auf dem Brüderhof ausgebildet wurden, bleibt zunächst auch unbekannt. Diakon FÜßinger sprach zwar von 600 Juden, die dort "vor vielem bewahrt geblieben" sind, aber dabei ging er von 50 Juden, die jeweils fünf Monate auf dem Hof lebten, aus. Der Brüderhof bot jedoch, wie mir Herr Barlev berichtete, maximal 40-45 Ausbildungsplätze, zeitweise lebten dort nur ca. 30 junge Menschen. Da die Ausbildung zudem mindestens zwei Jahre dauerte, kann sie 1934-39 kaum von 600 Chawerim absolviert worden sein. Am 6.1.1939 waren im Deutschen Reich noch 21 landwirtschaft-

liche Güter ns-amtlich als Umschulungslager anerkannt. Wenige Wochen später erließ Generalfeldmarschall Göring am 24.1.1939 die Anweisung: "Die Auswanderung von Juden aus Deutschland ist mit allen Mitteln zu fördern!" und richtete hierfür eine eigene Reichszentrale in Berlin ein (12). Diese "Förderung" glich allerdings eher einer brutalen Abschiebung oder einem Zwang zur sofortigen Flucht. Kurz vor Kriegsausbruch erließ die englische Regierung ein "Weißbuch", das die Einwanderungen nach Palästina endgültig beschränkte, um eine jüdische Mehrheitsbildung dort zu verhindern. Im Oktober 1941 wurde durch eine Geheimanordnung des Reichsinnenministers Himmler die Auswanderung von Juden völlig verboten.

Am 25.10.1941 organisierten die Nazis den ersten großen Transport von Hamburg nach Lodz, von den deportierten Juden kamen 1034 um (13). Wenige Monate später wurde in Berlin die "Endlösung der Judenfrage" beschlossen. Im Brüderhof befindet sich heute ein Psychogeriatrisches Zentrum mit modernsten Therapiemethoden.

Mahnung und Aufruf: Ich meine, daß das Lager vom Brüderhof nicht nur für eine fachgeschichtliche Abhandlung interessant ist. Wichtiger ist für mich, daß es zu einer aktuellen Mahnung Anlaß gibt.

Nach allem, was die Verfolgten des Naziregimes erlebt hatten, wurde ein ausdrückliches Asylrecht in den Artikel 16 des Grundgesetzes aufgenommen. Ich beobachte heute, daß dieses Recht in der Bundesrepublik Deutschland zunehmend eingeschränkt wird.

Der jüngste UNO-Bericht schilderte deutlich, wie hier bei uns "in Europa einzigartige abschreckende Maßnahmen gegen Asylsuchende verübt" werden (abgedruckt u.a. in der Frankfurter Rundschau vom 17.9.1983). Im August 1983 appellierten jüdische Bürger aus Berlin an führende Politiker: "150.000 Juden lebten ehemals in Berlin. Nur ein Bruchteil lebt heute unter uns. Wir verlangen, daß die rund 140.000 leeren Plätze der Hinausgejagten und Ermordeten für heute politisch verfolgte Asylbewerber und an erster Stelle für Herrn Cemal Altun zur Verfügung gestellt werden!" Wenige Wochen später zeigte C.K. Altun durch seinen bestürzenden Selbstmord am 30.8.1983, welche Ängste ein Asylsuchender bei uns durchlebt.

Weiter beobachte ich heute nicht nur ein erschreckendes Erwachen des Antisemitismus - in weit stärkerem Maße - eine radikale Zunahme des Fremdenhasses. Die Parole "Ausländer raus" finden wir nicht nur mehr an Hauswänden, sie hat vielfachen Eingang in das Handeln von Behörden und des "natürlichen Volksempfindens" gefunden.

Hier fühle ich mich aufgerufen, gegen die zunehmende Ausländerfeindlichkeit zu arbeiten. Dies ist eine entscheidende Konsequenz, die ich aus der Erforschung des "Lagers vom Brüderhof" ziehen möchte. Damit solche Lager nicht wieder entstehen müssen und die bereits vorhandenen Lager für Asylanten aufgelöst werden können.

Anmerkungen, Quellenachweise:

- (1) Seminarbericht "Brüderschaft und Drittes Reich", Evangelische Fachhochschule für Sozialpädagogik, Hamburg 1982, Seite 27
- (2) Der Brüderbote, Nr. 3/1982, Seite 6
- (3) Seminarbericht, Seite 80
- (4) Georg Daur, Praxis am Glauben - Das Rauhe Haus in Hamburg, o. J. (1972), Seite 102
- (5) Perez Leshem, a.a.O., Seite 11
- (6) ebenda, Seite 17
- (7) Georg Daur, a.a.O., Seite 101
Georg Kröger, a.a.O., nennt als Verkaufsjahr 1924
- (8) Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Die Bevölkerung der Gemeinden in Schleswig-Holstein 1867-1970, Seite 185
- (9) Otto Kröger, a.a.O., Seite 95. Der Harkshörner Weg liegt allerdings ein gutes Stück vom Brüderhof entfernt.
- (10) zitiert nach: "Verfolgung, Vertreibung, Vernichtung - Dokumente des faschistischen Antisemitismus 1933 - 1945", Frankfurt 1984, Seite 82; und nach Adler-Rudel, a.a.O., Seite 13
- (11) Der Brüderbote, Nr. 3/82, Seite 6
- (12) Adler-Rudel, a.a.O., Seite 110
- (13) Die jüdischen Opfer des Nationalsozialismus in Hamburg, Hamburg 1983, Seite 104

Offene Fragen:

Zur weiteren Erforschung des Lagers interessieren mich vor allem Informationen zu folgenden Fragekomplexen:

- Entstehung des Lagers: Auf wessen Initiative wurde das Lager eingerichtet? Welche Rolle nahm dabei das Rauhe Haus und die NS-Behörden (welche?) ein?
- Wie wurde das Lager ns-amtlich gesehen (Verlautbarungen, Verfügungen etc.)? Wurden Lager verschiedener Träger unterschiedlich beurteilt?
- Wie gestaltete sich das Verhältnis zu den zuständigen Behörden? Welche waren das? Gab es Durchsuchungen, Verhaftungen, Mißhandlungen?
- Wie gestaltete sich das Verhältnis zu den Nachbarn und den anderen Dorfbewohnern? Gibt es Presseartikel, Berichte von Augenzeugen etc.?
- Wie vollzog sich die Auflösung des Lagers? Was geschah mit den noch in der Ausbildung stehenden Juden? Wie verhielt sich der Träger bzw. der Eigentümer/Pächter gegenüber den Ereignissen?

Ich bin aber auch für alle weiteren Informationen und Anregungen dankbar.

Für die "Brüder- und Schwesternschaft des Rauhen Hauses" erstellte ich eine kleine Dokumentation zu diesem Artikel. Einige können noch zum Preis von 2,50 DM plus 1,10 DM Porto bei mir bestellt werden: Sieghard Bußenius, Sandweg 37, 2057 Reinbek, Tel. 040/7107942

II. 2.: Das "unpolitische Institut" - Zum Kieler Institut für Weltwirtschaft

Alan D. Beyerchen führt in seinem von K. D. Bracher als "Pionierstudie" gewürdigten Buch "Wissenschaftler unter Hitler. Physiker im Dritten Reich" (1) einen Sieg der Wissenschaft über die nationalsozialistische Doktrin an: Die während des II. Weltkrieges wiedergewonnene Dominanz der klassischen über die "arische" Physik (S. 238 ff, besonders S. 274 f.). Otto Scherzer hat das diesem letztendlichen Sieg zugrundeliegende Spannungsverhältnis in einer Vorlesung 1964 beschrieben (2). Einerseits galt: "Das die Naturgesetze unabhängig sind von der Ideologie und Rasse dessen, was sie verkündet, das bedrohte die damalige Sprachregelung. Wie leicht konnte ein junger Mann von der Unabänderlichkeit der Naturgesetze den Schluß ziehen auf die Unabänderlichkeit anderer, etwa der moralischen Gesetze! (Seite-47). Andererseits wirkte "als ein gewisser Zwang zur Mäßigung in diesem Streit ... für die nationalsozialistischen Machthaber die Wichtigkeit der Physik als Grundlage der Technik und damit als eine der Grundlagen der Macht." (S. 48). Erklärt die These das Aufkommen der "arischen" Physik, so die Antithese den Untergang dieser Mystifikation (natürlich nur im Bereich der eigentlichen wissenschaftlichen Forschung, nicht zum Beispiel im schulischen Bereich). Der Mythos der "arischen" Physik war kein Werkzeug für die Konstruktion perfekterer Waffen als die Alliierten, mit denen man den Krieg doch noch zu gewinnen hoffte.

In einem ähnlichen Spannungsverhältnis standen fast alle Wissenschaften zum faschistischen Staat, wobei allerdings die Naturwissenschaften weniger nazifiziert wurden als die Gesellschaftswissenschaften.

Der Leiter des Instituts für Weltwirtschaft (IWW) an der Kieler Universität, Prof. Dr. Andreas Predöhl, hat die Stellung seiner Wissenschaft bei seiner Rede anlässlich der Rektoratsübernahme am 30. Januar 1942 so beschrieben (3): "Die Wirtschaftswissenschaft ist ... insofern ein besonders interessantes Fach, als sie eine eigene Mittelstellung zwischen den Wissenschaften einnimmt. Sie ist eindeutig den Geisteswissenschaften zugehörig, bedient sich aber doch in erheblichem Umfang naturwissenschaftlicher Methoden. Sie reicht auf der einen Seite tief in das Gebiet der Politik als solcher, und sie bedient sich auf der anderen Seite der höheren Mathematik, und zwar sowohl in ihrer Theorie als auch in der Statistik, und selbst wo sie nicht die Mathematik als solche heranzieht, ... arbeitet sie doch more mathematico, wo immer sie es mit Größenproblemen zu tun hat" (S. 3/4).

Hierauf folgt eine Beschreibung der besonderen Aufgaben des IWW: "Aus dieser Doppelseitigkeit unserer Wissenschaft erklärt sich aber auch die Tatsache, daß ihr rein praktische Aufgaben, und zwar vor allem auch Aufgaben für unmittelbare Kriegszwecke gestellt sind, wie den Naturwissenschaften, und das sie zugleich eine zentrale Stellung einnimmt im geistigen Kampf gegen das angelsächsische Welt- und Geschichtsbild" (S.4).

Gleichzeitig wendet sich Predöhl in derselben Rede aber gegen eine Tendenz zur Ideologisierung der Wirtschaftswissenschaft: "Nichts Gefährlicheres konnte es für das Leben an der deutschen Universität geben, als den Versuch, die fachliche Forschung und Lehre mit einigen politischen Umhüllungen zu versehen oder gar (wie das in einigen Fällen in den Geisteswissenschaften geschehen ist) diese Umhüllungen für ein neues Lehrgebäude auszugeben und die fachliche Arbeit ganz über Bord zu werfen. Das heißt, den inneren Zusammenhang zwischen der geistigen Revolution und der fachlichen Arbeit, der das eigentliche Lebenselement der Universität ist, allzu gröblich verkennen. Man darf vielleicht sogar sagen, daß große wissenschaftliche Werke in der Gegenwart umso weniger geschrieben werden, je tiefer die Wissenschaft von ihrer politischen Aufgabe erfaßt worden ist und je stärker diese die fachliche Arbeit durchdrungen hat. Auf keinen Fall gibt es an der Universität eine fachliche Aufgabe, die nicht der neuen politischen Idee verfallen wäre, mag selbstverständlich auch das eine Fach der Politik näher stehen als das andere. Auf keinen Fall gibt es aber auch umgekehrt an der Universität eine politische Aufgabe, die nicht im Bereich der fachlich-wissenschaftlichen Arbeit liegt". (Seite 3).

Diese Distanzierung von gewissem Formen der Nazifizierung der Universität dient Predöhl 24 Jahre später, 1968, als Rechtfertigung seiner Arbeit im Institut für Weltwirtschaft. Rolf Seeliger hat in dieser Zeit eine Broschürenreihe "Braune Universität. Deutsche Hochschullehrer gestern und heute" (4) herausgegeben. Darin hat er die Tätigkeit etlicher Professoren während der NS-Zeit untersucht, die Ergebnisse seiner Recherchen den Betroffenen zugesandt und diese um Stellungnahmen gebeten.

Predöhls Stellungnahme zu der oben zitierten Rektoratsrede geht dahin, daß es natürlich darin von braunen Anbiederungen wimmelte; der Grund hierfür sei gewesen, daß gerade kurz zuvor gegen ihn von Seiten der Parteikalnzlei der Vorwurf erhoben worden sei, er sei vor 1933 SPD-Mitglied gewesen und daher für das Rektorat nicht haltbar. "Ohne das Rektorat hätte ich das Institut für Weltwirtschaft nicht über die letzten Runden des totalen Krieges gebracht...". Nach dieser Erklärung geht Predöhl dann zum Gegenangriff über: "Sie haben ja vor lauter Freude über die braunen Brocken nicht einmal bemerkt, daß sowohl meine Rektoratsrede als auch der Aufsatz aus dem Jahre 1939 ein deutliches Eintreten für die traditionelle Wirtschaftstheorie darstellte, die der NS-Dozentenbund als jüdisch-liberales Produkt verurteilte. ... Ich habe nicht den geringsten Grund, 'pater peccavi' zu rufen". (5)

Verwahrt sich Predöhl dagegen, daß er sein Institut dem Nationalsozialismus ideologisch ausgeliefert habe, so zeigt er sich im Nachhinein merkwürdig defensiv hinsichtlich seiner und seines Instituts Rolle im Rahmen der Nazi-Kriegsführung. 1968 will er sich z. B. nicht mehr erinnern können, Stellvertretender Vorsitzender des wissenschaftlichen Beirats der "Gesellschaft für europäische Wirtschaftsplanung und Großraumwirtschaft e. V." gewesen zu sein. Diesem illustren Verein gehörten u.a. im Füh-

- Ministerialdirektor Dr. Werner Best, 1941 Kriegsverwaltungschef Paris,
- Staatsrat Prof. Wilhelm Bürger, Reichsarbeitsministerium,
- Staatssekretär im Reichsjustizministerium und Richter am "Volksgerichtshof" Roland Freisler,
- Admiral Dr. h.c. Otto Gross, Oberkommando der Wehrmacht,
- Ministerialdirigent Wilhelm Marotzke, Stab Reichsmarschall Hermann Göring,
- Ministerialdirektor Dr. Willy Meerwald, persönlicher Referent des Führers und Reichskanzlers.

Der Vorsitzende des wissenschaftlichen Beirats war Prof. Dr. Theodor Vahlen, dessen Stellvertreter wie erwähnt, Andreas Predöhl. (6)

Auch an anderer Stelle wird deutlich, daß der Erhalt des Instituts für Weltwirtschaft weniger dem persönlichen Engagements Prof. Predöhls, als vielmehr der objektiven Wichtigkeit dieses Instituts für die Nazi-Kriegsführung geschuldet ist. So heißt es in einer Aktennotiz des Rektors der Wiener Hochschule für Welthandel vom 10. Juni 1940:

"Des weiteren erklärt Herr Direktor Dr. Ilgner im einzelnen die Beteiligung der deutschen Wirtschaft am Aufbau und an der Entwicklung des Weltwirtschaftlichen Instituts an der Universität Kiel, das derzeit unter der Leitung von Prof. Predöhl steht. Dieses Weltwirtschaftliche Institut, begründet von Prof Harms, ist zur Genüge in seiner großen Bedeutung bekannt. Es dient in erster Linie dem Studium der Wirtschaftsprobleme und Wirtschaftsinteressen Deutschlands in Übersee und in Westeuropa. Die Wechselwirkung zwischen diesem Institut als einen Teil der Universität Kiel und der deutschen Wirtschaft wird durch einen Wirtschaftsbeirat sichergestellt, dem maßgebende Vertreter der deutschen Wirtschaft angehören. Auf diesem Wege werden dem Institut zusätzlich zu den staatlichen Aufwendungen aus den Mitteln der deutschen Wirtschaft jene Be(i)träge zugeführt, die das Institut zur Besorgung seiner Aufgaben unbedingt braucht und die die deutsche Wirtschaft aus ihrem enormen Interesse an der Entwicklung dieses Instituts bereitstellt. Von diesem weltwirtschaftlichen Institut der Universität Kiel werden gelegentlich auch Tagungen im Beisein namhafter Vertreter ausländischer Wirtschaftskreise und der Wirtschaftswissenschaft des Auslandes unter Mitwirkung der führenden Männer der deutschen Wirtschaft veranstaltet".(7)

Wie konkret sich die Arbeit des Instituts für Weltwirtschaft auf die nationalsozialistische Kriegsstrategie auswirkte, zeigt eine Zusammenschau der Arbeit eines Dozenten dieses Instituts, des nachmaligen Wirtschafts- und Finanzministers und heutigen Bankiers Karl Schiller mit den politischen Ereignissen:

1940

Karl Schiller: "Die Lebensmittelindustrie Italiens", "Die italienische Papierindustrie", "Die Selbstversorgungsmöglichkeiten und die versorgungspolitischen Maßnahmen Italiens auf dem Gebiete der Mineralölwirtschaft" ...

Mai 1940

Karl Schiller: "Die griechische Ernährungswirtschaft", "Griechenlands Seeschiffahrt und Seehäfen", "Die griechische Eisen- und Stahlindustrie"; "Die griechische Mineralölwirtschaft" ...

November/Dezember 1940

Karl Schiller: "Die wirtschaftlichen Kräfte von Sao Tomé und Príncipe", "Die wirtschaftlichen Kräfte Palästinas"...

10. Juni 1940

Italien tritt auf deutscher Seite in den Krieg ein.

28. Oktober 1940

Italienischer Überfall auf Griechenland.

April 1941

Besetzung Griechenlands durch die Deutschen.

September 1940

Italienische Offensive in Nordafrika, die seit 1941 hauptsächlich von deutschen Truppen weitergetrieben wird.

(8)

Bezeichnend auch für Prof. Schiller ist, daß er auf diese Frage nicht eingeht, stattdessen zu seiner Verteidigung auführt, daß seine Arbeit "Arbeitsbeschaffung und Finanzordnung" 1936 negativ beurteilt worden sei. (9)

Prof. Predöhl hingegen ist auf diesen Aspekt eingegangen: "Das Schillers Expertisen mit den Kriegereignissen synchronisiert waren, erklärt sich zwanglos. Ich hatte mit dem Wehrwirtschaftsgeneral Thomasvereinbart, daß wir im Kriegsfall für seinen Stab arbeiten würden. ... Der Wehrwirtschaftsstab bereitete sich generalstabsmäßig auf alle Schachzüge der Kriegsführung vor. Wollen Sie etwa dem Institut oder gar einem seiner jungen Assistenten im Jargon der Besatzungsmacht den Vorwurf machen, sie hätten sich an der Vorbereitung von Angriffskriegen beteiligt?" (10)

Beide Antworten - die Nichtantwort Schillers und der Gegenangriff Predöhls - zeigen ihren Stolz darauf, ihrer Wissenschaft treu geblieben zu sein. Daß sie dies nur in einem Fachbereich, der für die Nazi-Imperialisten von immenser Bedeutung war, tun konnten, ohne unter sonderlich starken Druck zu geraten, und, wenn sie ihre wissenschaftlichen Fähigkeiten in den Dienst der Naziraubkriege stellten, sehen sie nicht. Das Predöhl sein Institut verteidigt, ist verständlich. Das er dies in einer Sprache tut (Wollen Sie ... im Jargon der Besatzungsmacht..?), die - zurückhaltend gesagt - leicht arrogant wirkt, zeigt, daß er nicht "pater peccavi" sagen möchte - mehr aber auch nicht.

Anmerkungen:

1.: Alan D. Beyerchen: Wissenschaftler unter Hitler. Physiker im Dritten Reich, Vorwort K.O. Bracher, Frankfurt am Main 1982.

- 2.: Otto Scherzer: Physik im totalitären Staat, in: Deutsches Geistesleben und Nationalsozialismus. Eine Vortragsreihe der Universität Tübingen mit einem Nachwort von Hermann Diem, hrsg. von Andres Flitner, Tübingen 1965.
- 3.: Kieler Blätter, Heft 1/1942, S. 1-12.
- 4.: Rolf Seeliger: Braune Universität. Deutsche Hochschul-lehrer gestern und heute. Dokumentation mit Stellungnahmen, München 1968.
- 5.: Ebenda, S. 72.
- 6.: nach ebenda, S. 70
- 7.: Reinhard Gpitz (Hrsg.): Europastrategien des deutschen Kapitals 1900-1945, Köln 1977, S. 678.
- 8.: Seeliger, Rolf: Braune Universität, S. 87.
- 9.: ebenda, S. 93.
- 10.: ebenda, S. 73

Hans Georg Pott

II.3.: Hochschule im Faschismus - Studentinnen im Nationalsozialismus

Studentinnen im Nationalsozialismus - gab's denn die? Ja, wenige zwar, entsprechend dünn ist auch das Angebot an Publikationen zum Thema, aber wir haben versucht, aus dem wenigen aus zugänglichen Material ein Referat zu erarbeiten. Unseren Vortrag hielten wir im April d. J. in der Kieler Universitätsbibliothek, als dort eine Ausstellung "Hochschule im Nationalsozialismus" gezeigt wurde.

Im folgenden haben wir nun einzelne Gesichtspunkte aus unserem Vortrag zusammengestellt:

Standesorganisation der Studentinnen im Nationalsozialismus war die "Arbeitsgemeinschaft Nationalsozialistischer Studentinnen" (ANSt), ein Glied des NS-Studentenbundes. Die Entscheidung für einen Beitritt in die 1930 von Baldur von Schirach gegründete Organisation war für die Studentinnen wenig reizvoll, was sich u.a. am Grad der Organisation (1933: 4,1% während der Organisationsgrad bei den männlichen Kommilitonen doppelt so hoch lag) ablesen läßt. Die Studentinnen der ANSt mußten, obwohl sie selbst Sitze im Studentenparlament nicht innehaben durften, ihre männlichen Kollegen aktiv im Stupa-Wahlkampf unterstützen.

Schwierig war es, das eigene Studium mit der NS-Propaganda in Einklang zu bringen. Die Frage nach der Berufstätigkeit der Frau umriß Raba Stahlberg (erste Reichsleiterin der ANSt) wie folgt: "Die Stellung der Frau im Dritten Reich (darf) ihrer gegenwärtigen Stellung im öffentlichen Leben nicht mehr gleichen. Die vorherrschende Berufstätigkeit der Frau, die die Frauenbewegung sich noch immer als Verdienst anzurechnen wagt, ist eines der traurigsten Momente unserer an Dekadenz überreichen Zeit. Fragen sie einmal alle Mädchen zwischen 18 und 25, die sie kennen, und sie werden erfahren, daß höchst selten eine in ihrem Beruf etwas anderes zu sehen gewohnt ist, als den durch wirtschaftliche Notlage ihr aufgezwungenen Broterwerb". Die wirtschaftliche Notlage sei "Folge der Schandverträge". Die NSDAP werde diese beseitigen und damit den Frauen die Möglichkeit geben, zum "wesenhaften Beruf im Umkreis der Familie" zurückzukehren.

Entsprechend bescheiden und vom Willen zur Unterordnung getragen klingen die Stellungnahmen Kieler Studentinnen zum Thema Frauenstudium. So heißt es in dem Artikel einer Studentin in den Schleswig-Holsteinischen Hochschulblättern von 1933: "Bei aller Anerkennung einer gewissenstrukturellen Gleichheit in der lebensmäßigen Haltung, die nun einmal durch gleiche Rasse von vornherein gegeben ist, ist doch unbedingt zu berücksichtigen, daß der natürliche politische Sinn beim Mann: Als Wille zur Wehrhaftigkeit und Freiheit - beim Weibe: Als Wille zum hütenden Bewahren und Dienen sich offenbart". ... und an anderer Stelle: "Daher gilt die gegenwärtige Frage des Nationalsozialismus an die deutsche Studentin nicht so sehr ihren geistigen Fähigkeiten, als vielmehr ihrem Frauentum!"

So befanden sich die organisierten Studentinnen in der paradoxen Situation, Vertreterinnen einer Organisation zu sein, die gerade ihre eigene Exmatrikulation forderte. Bereits 1932 wurde zur Entrechtung der NS-Studentin auch die innere Organisationsstruktur der ANSt neu festgelegt. Die jeweiligen Kreisleiter des NS-Studentenbundes bekamen das Recht, die Kreisleiterinnen ein- und abzusetzen. Die Reichsleiterin unterstand dem Reichsleiter des NS-Studentenbundes. Die einzelnen Hochschulgruppenleiterinnen waren von den Hochschulgruppenleitern zwar nicht ein- und absetzbar, aber doch abhängig, da die Reichsleiterin der ANSt, die die Hochschulgruppenleiterinnen einzusetzen hatte, sich mangels Orts- und Personenkenntnis auf die Informationen des männlichen Hochschulgruppenleiters stützte. Ob Unmut der Studentinnen hierüber bekannt wurde, ist nicht klar, die ANSt Jena hatte aber wohl die neue Struktur akzeptiert, wenn es hieß: "Die ANSt ist nur ein kleines bescheidenes Werkzeug in der Hand unseres Führers, als Standesorganisation gedacht, der zunächst die Aufgabe zufällt, in ihren Kreisen die geistigen Grundlagen der NS-Weltanschauung zu vermitteln."

1933 wurden in der deutschen Studentenschaft Hauptämter eingerichtet. Die Leiterin des Hauptamtes VI für Studentinnen, die gleichzeitig ANSt-Leiterin war, konnte nun Verordnungen erlassen, die für alle Studentinnen gültig waren. Nun galt es "Pflichten" zu erfüllen, z.B.:

- 3 Stunden Sport wöchentlich
- Sammeln von Kleidern, Schuhen und Spielzeug, die in Arbeitskreisen repariert werden mußten
- mitbringen von Holz, Kohle und Kartoffeln, die dann an - NSV (Nationalsozialistische Volkswohlfahrt) ausgewählte Familien verteilt wurden
- NSV Küchenarbeit
- Pflichtbesuche von Arbeitskreisen zur "Gemeinschaftspflege"
- Kurse in Luftschutz, Erste Hilfe und Nachrichtenwesen

In der ANSt organisierte Studentinnen hatten noch weitergehende Pflichten, z. B. die Betreuung von NSV-Familien. Hierzu hieß es in den ANSt-Richtlinien, daß es nicht auf's "Wohltun" ankomme, sondern darauf, "das deutsche Volk in seinen wertvollen Bestandteilen zu erhalten und zu fördern." Daher dürfe die Hilfe nicht zur "Verweichlichung" und "Verwöhnung" der Betreuten führen.

Die Pflichten waren im sog. Pflichtenheft an- und abtestiert. Ob von der Erfüllung der verordneten Pflichten die Zulassung zum Examen abhängig gemacht werden sollte, wie I. Weyrather in ihrer Arbeit "Numerus Clausus für Frauen-Studentinnen im Nationalsozialismus" schreibt, ist unklar. Nach einem von uns mit ehemaligen Kieler Studentinnen geführten Gespräch traf dies - zumindest für Kiel - nicht zu.

Die Propaganda der Nationalsozialisten, die Frauen auf Küche und Kinder festlegte, konnte am ehesten bei den Frauen aus Mittel- und Oberschicht greifen, die finanziell weniger auf eigene Berufstätigkeit angewiesen waren, also bei denen, die potentiell und traditionell am ehesten zur Aufnahme eines Studiums bereit waren. Darüberhinaus wurden Maßnahmen eingeleitet, die jungen Mädchen und Frauen ein Studium erschwerten bzw. unmöglich machten.

- a) Die Einschränkung der schulischen Ausbildung für Mädchen bedeutete schlechtere Ausgangsbedingungen für die Zulassung zum Studium.
- b) Im Rahmen der allgemeinen Hochschulpolitik wurde die Zahl der jährlichen Neuimmatrikulationen auf insgesamt 15.000 begrenzt (Gesetz gegen die Überfüllung der deutschen Schulen und Hochschulen). Maximal 10% der Immatrikulationen sollten weibliche Studierende sein. Diese Regelung erwies sich zumindest für Kiel als praktisch wirkungslos, weil die Zahl der Studenten insgesamt und besonders die der weiblichen Studierenden drastisch sank (vgl. unten). Sie wurde demzufolge 1935 wieder aufgehoben.
- c) Die Berufsmöglichkeiten für akademisch ausgebildete Frauen wurden eingeschränkt. Das "Gesetz über die Rechtsstellung der weiblichen Beamten" (in der Fassung vom 30.6.1933) bot die Möglichkeit, Frauen aus dem öffentlichen Dienst zu entfernen, sie herunterzustufen oder in eine Angestelltenstelle abzurängen. Höhere Beamtenlaufbahnen waren den Frauen verwehrt. Voraussetzung für eine Entlassung war die "gesicherte" wirtschaftliche Versorgung, das konnte unter Umständen die Stellung des Vaters sein. 1933 wurden Frauen aus dem Reichsverband der Ärzte und Apotheker ausgeschlossen, d.h. sie konnten sich nicht als Selbstständige niederlassen. 1934 wurde verheirateten Frauen die Kassenzulassung entzogen, wenn der Ehemann "genügend" verdiente. Ebenfalls 1933 (Erlaß vom 30.9.33) wurde das Verhältnis zwischen männlichen und weiblichen Studienreferendaren auf 4:1 festgelegt. Ab 1936 dürfen Frauen weder Richterinnen, noch Staats- oder Rechtsanwältinnen mehr werden.

In welchem Umfang diese Maßnahmen tatsächlich durchgesetzt werden konnten, sei dahingestellt. Ihre Auswirkung auf die Studierwilligkeit der Frauen haben sie mit Sicherheit gehabt. Im Gespräch mit älteren Kieler Akademikerinnen wurde deutlich, daß die Überwiegende Zahl von ihnen - unabhängig davon, wie sie dem Nationalsozialismus gegenüber gesonnen waren - erst nach dem II. Weltkrieg in den Berufen tätig wurden, für die sie studiert hatten. Die Zahl der Studenten sank reichsweit zwischen 1932 und 1939 von 75.409 auf 34.868, die der Studentinnen von 17.192 (22,7%) auf 5.777 (16,5%). Ob-

wohl im Zuge der Kriegsvorbereitungen ab 1937 die Propaganda für das Frauenstudium wieder verstärkt wurde, erreichte der Anteil der weiblichen Studierenden erst im 3. Trimester 1940 mit 35,4% in Kiel seinen höchsten Stand und sank bereits im folgenden Semester wieder ab.

Studentenzahlen an der Universität Kiel (gesamt):

Semester	gesamt	davon weiblich	in%
WS 1932/33	2.499	448	17,9
" " 34/35	1.486	227	15,3
" " 36/37	1.069	174	16,3
" " 38/39	695	110	15,8
1/1940	392	73	18,6
3/"	390	138	35,4
WS 1941/42	531	137	25,8

Wie stark und wie schnell sich die Rollenzuweisung durch die Nazis auswirkte, zeigt die Änderung der Studienfachwahl.

Anteil der Studentinnen je Fachgebiet an dem aller Studentinnen (Zahlen bezogen auf das ganze Reich):

Medizin	1932/3	35,8%	1938	55,2%
Naturwissenschaften	"	14,1%	"	7,6%
Jura	"	5,2%	"	0,6%

Als sich kriegsbedingt die Möglichkeiten der Studentinnen wieder vergrößerten, änderte sich die schnell.

Anteil der Studentinnen an der Gesamtheit der Studierenden je Fachbereich (bezogen auf das ganze Reich):

Naturwissenschaften	1939	10,8%	1943	63,5%
Jura	"	2,5%	"	16,4%
Medizin	"	?	"	35,9%

Diese Umkehrung der Entwicklung zeigt, wie wenig eine "we-sensgemäße" Studienfachwahl den wirklichen Wünschen der Frauen entsprach.

Monika Peters, Margrit Röh

II.4.: Vom christlichen Umgang mit der Geschichte - Verdrängung und Verheißung

Die Beschäftigung mit der eigenen Geschichte dürfte immer mehr oder weniger starke Emotionen wecken. Da können Rührung und Heiterkeit überwiegen, da kann aber auch Betroffenheit und Trauer aufkommen. Nützlich, ja notwendig sind solche Rückblicke in Besinnung und innerer Öffnung allemal. Wachsen und Reifen setzt das Reflektieren des eigenen Wesens voraus. Wahrgenommene Bewährung schafft Selbstsicherheit und Mut für den weiteren Weg; Versagen warnt vor Wiederholung, drängt zur Läuterung und Bewußtseinsänderung. Das Neue Testament gebraucht dafür das griechische Wort "metanoia", ein Ausdruck, den das deutsche Wort "Buße" nur höchst unbefriedigend wiedergibt. Die Möglichkeit der inneren Umkehr gehört zu den spezifisch menschlichen Gaben. Aus ihr ergibt sich die Möglichkeit neuen Beginns, optimistischer Hoffnung, sein Tun und Treiben als Mensch unter Menschen besser,

sinnvoller und nützlicher zu gestalten. So ist "metanoia" keineswegs trübsinnige Verslossenheit und peinliche Verhüllung ins Büßergewand, sondern die hoffnungsvolle und erwartungsvolle Mitnahme auf dem Weg in die Zukunft.

Diese allgemeinen Überlegungen scheinen mir nötig, um den Ansatz verständlich zu machen, aus dem heraus ich mich so intensiv mit dem Komplex "Drittes Reich" beschäftigt habe. Von Teilen der kirchlichen Öffentlichkeit sind diese Ansätze offenbar nicht verstanden worden. Insbesondere die Kirchengemeinde Kaltenkirchen verschließt sich bis heute, ihre eigene Geschichte ehrlich und realistisch zu sehen und ihr zu begegnen. Sie wehrt sich und sträubt sich, als käme aus ihrer eigenen Vergangenheit Dämonen auf sie zu und nicht Verheißungen. Ihr erscheint nicht die Flucht vor der eigenen Geschichte als bedenklich, ihr gilt vielmehr der Versuch als "psychopathisch", diesen Abschnitt der Gemeindechronik ins Licht zu rücken. Darin bekundet sich eine Verhaltensweise, die in unserem Lande sehr verbreitet ist und allgemein beklagt wird. Daß sie aber auch "im Hause des Herrn, in dem das Gericht be- ginnt" (1. Petrusbrief, Kap. 4, Vers 17) so krass auftritt, ist besonders peinlich.

Ich halte es für wichtig, diese Reaktion aus ihren Hintergründen etwas genauer kennenzulernen. Dazu soll die nun folgende Dokumentation dienen.

Meine Suche nach den zwölf verlorenen Jahren begann, ganz zufällig und ungeplant, im Mai 1975, also 30 Jahre "danach". Was die evangelische Kirchengemeinde betrifft, so lebte ich, wie überhaupt die ganze Öffentlichkeit der Stadt, in der Vorstellung, an diesem Ort habe es einen Nazi-Pastor gegeben (Ernst Szymanowski) und, als Gegenpol dazu, einen Pastor des Widerstandes (Johannes Thies). Als daher erste Dokumente dieses Bild zu stören begannen, war ich außerordentlich bestürzt. Doch noch vor dieser Entdeckung bat ich den damaligen Pastor J. Thies, mir bei meiner Arbeit "mit Auskünften behilflich zu sein". Dies sagte er mir fernmündlich mehrmals zu, brachte aber gleichzeitig zum Ausdruck, daß er nicht ganz "frei von gewissen Besorgnissen" sei.

Gestützt auf seine grundsätzliche Bereitschaft, schickte ich ihm einen umfangreichen Fragenkatalog zu den schrecklichen Vorkommnissen in Kaltenkirchen während der Kriegsjahre. Ich fügte hinzu: "Mir kommt es darauf an, diese (Sachverhalte) weiter zu erhärten oder auch sie in Frage zu stellen - eben um der Wahrheit willen. Hoffentlich klingt es nicht zu theatralisch, wenn ich sage, daß Sie auf diese Weise Ihrer früheren Gemeinde noch nachträglich einen seelsorglichen Dienst erweisen können" (18.8.1975).

Auf dieses Schreiben erfolgte zunächst nichts. Also richtete ich ein weiteres Schreiben an J. Thies (14.10.1975): "... Diesmal habe ich zwei Anlässe, mich nochmals an Sie zu wenden. - Unsere Arbeitsgruppe hatte Anfang September zu einer schlichten Gedenkstunde auf dem Kaltenkirchener Gemeindefriedhof eingeladen unter dem Motto: Ist Ludmilla eine Blume wert? Ludmilla war eine der verschleppten Zwangsarbeiterinnen, deren Leben in und um Kaltenkirchen beendet wurde. Jeder Teilnehmer... brachte eine Blume mit, um sie

auf den Gräbern niederzulegen. Ihr späterer Nachfolger, Herr Pastor Dr. Scholtz ... hielt dabei eine kurze Ansprache. Zum diesjährigen Volkstrauertag werden wir etwas ähnliches veranstalten, diesmal mit Windlichtern auf dem Waldfriedhof Moorkaten, wo ja ein Teil der KZ-Opfer begraben liegt...". Inzwischen war ein ehemaliger polnischer Häftling des KZ-Außenkommandos bei uns zu Gast gewesen. Dieser berichtete von einem Geistlichen, der sich damals sehr für die Häftlinge eingesetzt hatte, und er war der Meinung, dies sei Pastor Thies gewesen. In meinem Schreiben vom 14.10.1975 teilte ich Propst Thies diese - wie ich empfand - erfreuliche Information mit und bat um Bestätigung oder Korrektur. Es kam jedoch keine Antwort. Später am Telefon bezeichnete er diese Angaben als "völlig falsch und aus der Luft gegriffen".

Wenig später gelangte durch Pastor Döring, den unmittelbaren Nachfolger von Pastor Thies in Kaltenkirchen, ein umfangreiches Manuskript in meine Hand, worin die Version von dem hilfreichen Geistlichen journalistisch verarbeitet war. Am 24.10.1975 schrieb ich erneut an Propst Thies: "Sie können sich gewiß denken, daß nach der Lektüre dieses langen und höchst eindrucksvollen Manuskriptes mein Wunsch, mit Ihnen zu sprechen, noch viel lebhafter geworden ist. ... Vielleicht haben Sie auch noch irgendwelche Unterlagen aus jenen Jahren: Bilder, Zeitungsausschnitte oder ähnliches". Auch der genannte polnische Häftling wandte sich brieflich an Thies. Beide erhielten wir keinerlei Antwort.

Da Propst Thies offensichtlich jeder Begegnung mit mir ausweichen wollte, ich jedoch unbedingt Gewißheit brauchte über seine Rolle in der damaligen Zeit, besuchte ich ihn am 2.1.1976 unangemeldet in seiner Wohnung in Elmshorn. Nur sehr zögernd und unwillig widmete er mir eine knappe Viertelstunde. Über das Gespräch notierte ich damals: "Es ist ganz offensichtlich, daß er nicht ausführlich erzählen will. Eine Erklärung dafür gibt es nicht. ... Er kommt noch öfters hierher und hält Gottesdienste und Vorträge in plattdeutscher Sprache. Daran nehmen dann auch Leute teil, die dem Nationalsozialismus damals nahestanden. Er nennt einige Namen. Das Gemeinsame ist die Pflege der plattdeutschen Sprache. Vielleicht ist es so, daß die 'Ehemaligen' auf diese Weise Gelegenheit finden, in volkstümlichen Reminiszenzen zu schwelgen, auch wenn ihr ehemaliger politischer Gegner (P. Thies) ihnen diese Möglichkeit bietet. Er erwähnt Begegnungen mit der Gestapo, in seiner Wohnung befinden sich entsprechende Unterlagen. Er weigert sich jedoch, mir irgendetwas zu zeigen oder mitzuteilen".

Im Sommer 1976 konnte ich sämtliche Jahrgänge (1929-1941) der kirchlichen Wochenzeitung "Pflugschar und Meißel" auswerten. Für die Ausgabe, die als "Gemeindeblatt für das Kirchspiel Kaltenkirchen" hier verbreitet wurde, erschien im Zeitungskopf Pastor Thies als Herausgeber, wie es bei derartigen Kopf-Zeitungen üblich war und ist. Zudem hat P. Thies für die immer noch weitere Verbreitung dieser Zeitung geworben. Beides bedeutet ohne Zweifel eine starke Identifikation mit dem Blatt und dessen Tendenz, natürlich nicht mit jedem einzelnen Artikel.

Wie mich diese Entdeckung berührt hat, suchte ich Propst Thies brieflich verständlich zu machen (12.9.1976): "Ich muß die Dinge zu erklären versuchen. Und gerade vor dieser Aufgabe ist es mir sehr bange. Wären nicht gerade Sie involviert - mir würde alles viel leichter fallen. Es fällt mir äußerst schwer, dies alles mit dem Bild in Einklang zu bringen, das ich bisher von Ihrer politischen Haltung hatte und das mir auch von einigen Kaltenkirchener Bürgern vermittelt wurde. Das Problem verfolgt mich - erlauben Sie mir diese Offenheit - bis in die Nächte hinein. Öffnen sich hier Dimensionen der Verstrickung, die ich bisher nicht geahnt habe? Das können nur Sie selber beantworten. Dies Dilemma werde ich zu bewältigen versuchen - als Historiker und gleichermaßen als gewesener und immer noch ein wenig gebliebener Christ. Wenn Sie glauben, daß sie mir dabei durch ein ganz offenes Gespräch helfen können, dann können Sie ja einmal mit mir Verbindung aufnehmen. Aber ich will Sie nicht quälen, das müssen Sie mir abnehmen. Darum wird dies auch mein letzter Versuch sein, mit Ihnen ins Gespräch zu kommen. Höre ich von Ihnen nicht mehr, dann dürfen Sie sicher sein, daß ich Verständnis dafür habe und das ich nicht böse bin".

Als Antwort erhielt ich am 16.9.1976 einen telefonischen Anruf, mit dem Propst Thies eine schriftliche Stellungnahme ankündigte. Er bekundete aber schön hierbei, daß er sich tief verletzt fühle und wies mich auf die verschiedenen Wendungen hin, die ich selber im Laufe meines Lebens vollzogen hatte.

Der Antwortbrief vom 18.9.1976 ging auf das Problem der Kopf-Zeitung während des Dritten Reiches ein und wies auf einige konkrete Vorkommnisse aus seiner damaligen Amtszeit hin. Zum Schluß hieß es: "Wenn ich Ihnen am Anfang für Ihre Offenheit danke, so muß ich Ihnen doch sagen, daß ich etwas traurig bin darüber, daß sie nicht vorher sich über den tatsächlichen Sachverhalt das Gemeindeblatt betreffend informiert haben, ehe Sie mir, jedenfalls dem Inhalte nach, mitteilen, daß meine politische Haltung Ihnen zweifelhaft und suspekt erscheinen muß. Sie sehen, wie schwer eine objektive historische Darstellung ist und wie verhängnisvoll die einfache Bemerkung sein würde: Als verantwortlicher Herausgeber zeichnete Pastor Thies. ... Die Ehrlichkeit und Lauterkeit Ihres Bemühens zweifle ich auch heute nicht an und wünsche Ihnen, daß auch durch Ihr Vorhaben den Menschen ein guter Dienst erwiesen werde".

Meine Antwort folgte am 2.10.1976: "Je vollständiger das mir zugängliche Material ist, umso richtiger und konstruktiver wird natürlich auch die abschließende Darstellung ausfallen. Die ist sicher auch der beste Weg, um allen zu Zweifeln und Argwohn Anlaß gebenden offenen Fragen zu vermeiden. Nun schreiben Sie, daß Sie etwas traurig darüber seien, daß ich mich nicht vorher über den tatsächlichen Sachverhalt das Gemeindeblatt betreffend informiert hätte. Sie müssen sich aber doch erinnern, lieber Herr Propst Thies, daß ich Sie genau darum so oft gebeten hatte -

brieflich, telefonisch und schließlich durch meinen unangemeldeten Besuch. Haben Sie nicht gespürt, daß diese ganze 'Aufdringlichkeit' nur zu erklären ist aus dem dringenden Wunsch, alle diese Dinge von Ihnen selber dargestellt zu erhalten? Ihr Brief ermutigt mich ... Sie noch einmal um Ihre Mitarbeit zu bitten, damit das Bild richtig wird. Sie können ja selber bestimmen, was veröffentlicht werden darf und was nicht. Ich denke nun natürlich an die von Ihnen erwähnten Dokumente von Polizei und Gestapo ... Mit Ihnen hatte ich nach meiner Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft (1948) nur wenige Monate engeren Kontakt. Die haben aber genügt, um meine besondere Verbundenheit mit Ihnen bis heute dauern zu lassen ... Wenn ich künftig mit Ihrer Hilfe rechnen darf, dann lassen Sie es mich bitte wissen. Ich warte sehr darauf und würde mich freuen". - Ich wartete aber vergebens.

Bestimmte Informationen veranlaßten mich zu einem Schreiben an Pastor Voigt, Kaltenkirchen (9.8.1978) mit folgendem Anliegen: "Pastor Thies war zunächst Anhänger der Deutschen Christen, und als solcher hat er zunächst stark für den Nationalsozialismus geworben. Später distanzierte er sich von den Deutschen Christen. Ich möchte gern wissen, wann und wodurch Pastor Thies zu dieser Sinnesänderung kam, und außerdem, ob und wie die Kirchenvertreter an dieser wechselnden Einstellung zu den Deutschen Christen teilgenommen haben. Um diese Vorgänge rekonstruieren und würdigen zu können, bin ich wohl auf das hiesige Gemeindearchiv angewiesen. Ich bitte Sie, mir diese Möglichkeit zu verschaffen".

Pastor Voigt hielt es für richtig, Propst Thies von diesem Brief in Kenntnis zu setzen. Dieser wiederum wandte sich äußerst gereizt an mich (25.9.1978): "Ich kann darauf nur antworten, daß es einer solchen (Sinnesänderung) überhaupt nicht bedurfte. Ich weiß überhaupt nicht, was sie bei Ihren Forschungen eigentlich mit einer solchen Fragestellung bezwecken. Ich erinnere mich noch, wie Sie in völliger Unkenntnis der Dinge entsprechend falsche Schlüsse betreffend das Gemeindeblatt zogen. Vielleicht denken Sie dann auch einmal daran, bei Ihrer Forschung bzw. Darstellung Auskunft zu geben über die Gründe Ihres Gesinnungswandels vom Führer einer Parteijugend ... zum Eintritt in einen Mönchsorden und was Sie dann zu einer erneuten Kehrtwendung von 180° veranlaßte. Zum Schluß muß ich noch sagen: Ich muß Sie dringend warnen, über mich weitere Behauptungen aufzustellen und daraus falsche Schlüsse zu ziehen".

Aus meiner Entgegnung vom 29.9.1978: "Ihre Briefe rufen in mir tiefes Erschrecken hervor. Voller Traurigkeit stehe ich vor dem Phänomen, daß das ein im Dienst altgewordener Kirchenmann sich so hart verschließt, daß er aufrichtige und sehr ernst gemeinte Fragen und Bitten eines ihm bis dahin herzlich verbundenen Menschen nur als böswilligen Affront verstehen und vergelten kann. Ein Kirchenmann, in welchen ... Fragen keinen Zutritt mehr finden? ... Was trübt Ihren Blick so sehr, daß Sie meine Versicherung, Sie nicht zu verurteilen, wohl aber verstehen zu wollen, in den Wind schlagen? ... Ich

habe Sie fortwährend um Hilfe und Aufklärung gebeten. Texte habe ich Ihnen vorgelegt. Ich habe Ihnen gegenüber alle historische und besonders auch menschliche Sorgfalt walten lassen. Sie wissen das. Über die Bedeutung Ihres Namens im Kopf der Zeitung und über die Deutschen Christen im allgemeinen war ich zuvor informiert. Ich habe mich über viele Jahre sehr gründlich in die Literatur zur kirchlichen Zeitgeschichte eingearbeitet. Ihre Briefe sind nun selber schon zeitgeschichtliche Dokumente. ... Und nach bestem Wissen und Gewissen werde ich Sie als dramatis persona darstellen. Bis zur Drucklegung in einer noch nicht absehbaren Zukunft haben Sie Gelegenheit, daran mitzuwirken - nur keinesfalls als Zensor. Gegenseitigen Respekt vorausgesetzt und in beidseitiger Bereitschaft zu menschlicher Großzügigkeit und zum Vergeben bleibe ich immer für Sie ansprechbar".

Nachdem ich schon 1975 Einblick in das Friedhofsregister der Kirchengemeinde nehmen konnte, erhielt ich im Mai 1977 die Möglichkeit, auch die seinerzeit von Pastor Thies handschriftlich verfaßte Chronik einzusehen. Indessen erwies es sich als immer notwendiger, den eigentlichen Archivbestand zu benutzen. Darum bat ich mit Schreiben vom 30.12.1977: "... Dennoch brauche ich detaillierte Informationen, welche auch solche Informationen verifizieren können, die mir inzwischen aus anderen Quellen zugegangen sind. Es geht ja nicht um irgendeine geschichtliche Epoche, sondern um einen Zeitraum, dessen Bearbeitung ganz besonders Sorgfalt erfordert. Halbwahres, nur Halbverbürgtes möchte ich mir selber und der Öffentlichkeit nicht zumuten. Ich glaube, daß dieses Anliegen ganz im Interesse der Kirchengemeinde liegt. ... Ich bitte ja nicht um 'selbständige' Benutzung der Archivalien, sondern um eine Benutzung unter Aufsicht. Darunter verstehe ich auch, daß der Kirchenvorstand das Recht hat, mir Auflagen zu erteilen bezüglich des Gebrauchs von Namen u.a. in Zusammenhang mit einer späteren Veröffentlichung. Ich bitte Sie daher, mein Anliegen nochmals zu beraten und hoffe auf eine für meine Arbeit günstige Entscheidung".

Ich wiederholte meine Bitte am 3.2.1978 und wies auf Aussagen aus der Gemeinde hin, wonach es einschlägige Dokumente im Archiv geben müsse. Und erneut versicherte ich: "Wenn Sie mir Auflagen erteilen wollen bezüglich der Veröffentlichung von Namen, so will ich gerne mit Ihnen darüber sprechen und gegebenenfalls Verpflichtungen eingehen".

Auf meine telefonische Anfrage erfuhr ich vom Kirchenvorstandsvorsitzenden, man wisse nicht, wo einschlägige Akten zu meinem Thema sein könnten: "Da ist nichts" oder auch - schon halbwegs als Eingeständnis - "Da könnte ja irgendwer kommen!" Es entwickelte sich per Telefon ein verzweifeltes Abwehrmanöver, von einer Rückzugsbasis auf die andere.

Ende April 1978 wurde schließlich vom Kirchenvorstand das Landeskirchenamt eingeschaltet. Wenig später wurde mir vom Gemeindebüro mitgeteilt, das Nordelbische Kirchenamt habe auf meine Gesuche abschlägig reagiert. Also formulierte ich einige besonders wichtige Fragen die besonders blutige Geschichte Kalktenkirkens betreffend und bat den Kirchenvorstand um Auskünfte dazu (8.5.1978). Diese Fragen wurden aber weitergeleitet

nach Kiel (16.5.1978). Von dort teilte man mir mit, man werde "die benötigten Quellen des Pastoratsarchivs möglichst schnell erschließen" (25.5.1978).

In einem Brief vom 1.6.1978 versicherte ich dem Nordelbischen Kirchenamt: "Mir liegt nichts daran, diesen eigenwilligen Kirchenmann (Thies) zu verunglimpfen. Aber, wenn ich alles zusammennehme und als Historiker verantwortlich abwäge, so komme ich zu dem Schluß, daß er Wesentliches zu verbergen hat. Und das muß ich der Öffentlichkeit dann auch darstellen. Aber vielleicht gibt es im Gemeindearchiv Unterlagen, die das Verhalten von Pastor Thies verständlich machen. Maßgebliche Kreise der hiesigen Kirchengemeinde sind auch über meine Recherchen sehr unglücklich. Sie geben dies auch offen zu. Ich bin sicher, daß sie auch Einfluß auf Herrn Thies ausüben. Sie sind der Gemeinde verantwortlich dafür, wenn sich die Geschichte ihrer Gemeinde so negativ präsentieren wird. Ich wäre von Herzen froh, wenn nun allmählich auch einige erfreuliche, einige christliche ... Züge in das Bild hineinkämen. Können Sie vielleicht mir und der Gemeinde Kaltenkirchen dabei helfen? Haben Sie Zugang zu Herrn Propst Thies?"

Herr D. vom Norelbischen Kirchenamt antwortete ausführlich am 10.7.1978, jedoch nur zu den Themen der Morde an 10 Jugoslawen und über die Bestattung nicht-deutscher Kriegsoffer in Kaltenkirchen. Er berichtete dann über sein Gespräch mit Propst Thies und daß dieser behauptet habe, er habe mir "in der jüngsten Vergangenheit einige Erfahrungsberichte aus der zeitgeschichtlichen Entwicklung Kaltenkirchens in den Jahren seiner dortigen Amtszeit mündlich und schriftlich überliefert hat. Diese werden durch die von Pastor Thies in jener Zeit mit äußerster Gründlichkeit und Offenheit geführte Chronik der Kirchengemeinde Kaltenkirchen, die ich ebenfalls durchgesehen habe erhärtet. Diese Chronik kann aber als echter Ersatz für nicht vorhandene aktenmäßige Überlieferungen und damit als wichtige Primärquelle, z. B. auch für die Geschichte des Kirchenkampfes in Kaltenkirchen im Dritten Reich, die Verdrängung der kirchlichen Jugendarbeit in dieser Zeit und die persönlichen Schwierigkeiten angesehen werden, in denen sich Pastor Thies als erklärter Gegner des Nazi-Regimes befunden hat. Zusammenfassend kann und muß hier festgestellt werden, daß die Durchsicht der Schriftgutbestände des Pastoratsarchivs Kaltenkirchen mit der erforderlichen Gründlichkeit, die von der Arbeit des Archivars und Historikers erwartet werden muß, erfolgt ist. Von dieser unparteiischen Sachlichkeit her kann ich Ihnen bestätigen, daß keine schriftlichen Überlieferungen vorliegen, die den damaligen Pastor Thies in irgendeiner Weise persönlich oder im Zusammenhang mit seinem geistlichen Auftrag belasten. Sein Bestreben, der Nachwelt ein möglichst objektives Bild über die historischen Ereignisse in Kaltenkirchen während seiner Amtszeit zu überliefern, ist beispielhaft und kommt dem Forscher für eine objektive Meinungsbildung zugute. Der Kirchenvorstand Kaltenkirchen ist selbstverständlich gern bereit, Ihnen Einblick in die oben erwähnte Chronik zu gewähren".

Dieser Brief mußte als ein weiteres Dokument des "Widerstandes" gegen die Begegnung mit der unangenehmen Geschichte verstanden werden und verlangte daher eine Entgegnung:

"Ich muß Sie ernsthaft fragen ... was Sie zu der für mich verletzenden Annahme verführt hat, ich suchte gegen Pastor Thies belastendes Material. Da mein Brief an Sie eine derartige Unterstellung nicht erlaubt, muß ich annehmen, daß Sie von dritter Stelle beeinflusst worden sind. Ich finde das ganz außerordentlich betrüblich. Das darf auf keinen Fall so im Raume stehen bleiben. Wenn Sie unter diesem Aspekt das Kirchenarchiv durchgesehen haben, so kann ich mit dem Ergebnis umso weniger zufriedener sein. Ich bedaure es auch, daß Sie anlässlich Ihrer Anwesenheit in Kaltenkirchen nicht die Gelegenheit wahrgenommen haben, mit mir persönlich zu sprechen. Dann wäre diese sehr schlimme Geschichte sicher nicht passiert.

Ich bin selber Zeitgenosse der Dritten Reiches, suche die Wahrheit und Wirklichkeit von damals gewissenhaft zu rekonstruieren und durch Analysen und Aufzeigung der Zusammenhänge und Hintergründe für die heutige, besonders die junge Generation verständlich zu machen. Die Absicht ist eine pädagogisch-politische, in die Zukunft gerichtete. Eben darum werden auch meine Erfahrungen, die ich während meiner jahrelangen Recherchen mit Informanten, Institutionen, Behörden gemacht habe, unmittelbaren Niederschlag in meiner Arbeit finden, selbstverständlich und besonders auch die Erfahrungen mit kirchlichen Stellen und Personen. Es liegt mir sehr daran, erkennbar zu machen, ob und in welcher Weise dieser Teil deutscher Geschichte verarbeitet wurde. Ich weiß nicht, ob Sie selber historisch arbeiten. Aber mit einem summarischen Bericht über das Ergebnis Ihrer Durchsicht des hiesigen Archives - so dankbar ich Ihnen dafür bin - kann ich als Historiker wenig anfangen. Ich muß schon die Texte selber sehen, auf Wortwahl, Neben- und Untertöne selber lauschen. Das ist unerlässlich wegen der äußerst dürftigen Quellenlage und auch auf dem Hintergrund meiner bisher schon erworbenen Kenntnisse - nicht zuletzt auch wegen der Weigerung wichtiger Zeitgenossen, mir und damit den künftigen Lesern zu helfen. Ich wiederhole daher in aller Form meinen Antrag auf persönliche Einsichtnahme in die Archivbestände hier. ...

Das größte Problem stellte für mich die Tatsache dar, daß Pastor Thies in der damaligen, von ihm so stark propagierten Gemeindezeitung 'Pflugschar und Meißel' als Herausgeber fungierte. Was die Herausgeberschaft bei einer solchen Kopfzeitung bedeutet, ist mir als Leiter einer größeren wissenschaftlichen Bibliothek in Hamburg hinlänglich bekannt. Ich gebrauchte in diesem Zusammenhang das Wort 'Verstrickung'. Dieser Begriff bezieht seine inhaltliche Bestimmung und Fülle aus der antiken Tragödie wie auch aus der neutestamentlichen Theologie. Es hat nichts despektierliches, anklägerisches, keine Spitze. Der Kontext, in dem ich das Wort gebrauchte, übrigens auch nicht. Wer die Diabolik des Nationalsozialismus kennt, weiß, daß niemand, auch kein Widerstandskämpfer, jeglicher Verstrickung ausweichen konnte. ... Wer aber für seine Person jegliche Verstrickung so empört von sich

weist, der legt den Verdacht nahe, daß es ihm mangelt an selbstkritischer Einsicht oder - um mit Mitscherlich zu sprechen - an der Fähigkeit zu trauern.

Ich möchte ein Bild von der Kirchengemeinde Kaltenkirchen während jener Jahre entwerfen, das die Wahrheit unverzerrt wiedergibt, mit Einfühlung und Verständnis, sodaß es, wieder im neutestamentlichen Sinne 'erbauend' wirken kann. Dabei bin ich auf die Hilfe von Pastor Thies angewiesen. Verweigert er sie mir, so ist er für alle daraus entstehenden Folgen allein verantwortlich und verliert das moralische Recht auf späteren Einspruch".

Am 30.8.1978 bot mir das Kirchenbüro abermals an, die Chronik einzusehen, was ja längst geschehen war. Das Archiv sei bis zu seiner Durchordnung gesperrt. Schließlich war auch dieses letzte Hindernis beseitigt. Das Archivgut befand sich schon immer in ausgezeichnete r Ordnung. Auch während der Nazizeit war jedes Blatt nummeriert und sorgfältig abgeheftet worden. Doch durfte ich nur vormittags unter persönlicher Aufsicht einer Angestellten dort arbeiten. Diese Beschränkung war sehr hinderlich, da ich für die Arbeit im Archiv regulären Urlaub nehmen mußte. Für Kopien wurde mir ein Stückpreis von 40 Pfennigen berechnet.

Je weiter meine Arbeit fortschritt und die Konturen der kirchlichen Zeitgeschichte schärfer hervortraten, umso dringender wurde mein Wunsch, mit der Gemeinde ins Gespräch zu kommen. In Briefen, Anrufen und Gesprächen bat ich den Kirchenvorstand und jeden einzelnen Pastor, ein Gespräch zustande zu bringen über meine Motive, über den Stand der Forschung und über eine mögliche Vorbereitung der Gemeinde auf die Veröffentlichung. Doch niemals wurde diesem Wunsch entsprochen, und keiner meiner diesbezüglichen Briefe wurde auch nur beantwortet. In der Regel wurden sie im Kirchenvorstand überhaupt nicht verlesen, sondern allenfalls inhaltlich wiedergegeben oder eben nur erwähnt.

Diese nur schwer begreiflichen Erfahrungen teilte ich dem zuständigen Propsten mit in der Hoffnung, er werde auf die ihm anvertraute Gemeinde Einfluß nehmen. Das scheint aber nicht erfolgt zu sein.

Ich habe nie erfahren, ob, in welcher Weise und mit welchem Ergebnis die von mir vorgelegten Tatsachen in der Gemeinde erörtert worden sind oder ob sie gar in der Jugendarbeit eine Rolle gespielt haben. Mir ist auch nicht bekannt geworden, ob die Gemeinde als solche den vielen Toten aus KZ und "Sterbelager" Aufmerksamkeit gewidmet hat.

Sicher wäre es angebracht und sehr nützlich gewesen, hätte die Gemeinde eine Podiumsdiskussion mit kompetenten Fachleuten und mir abgehalten. Statt dessen entschloß sich Pastor Le Jeune zu einer Versammlung zum Thema "Kirche und Nationalsozialismus" allgemein und holte als Redner einen Propsten a.D. aus Hamburg. Man vermied auch das

eher kritische Publikum in Kaltenkirchen und wich in die kleine Gemeinde Alveslohe aus. Mit den Quellen und Belegen zu den "Zwölf wiedergefundenen Jahren" setzte man sich erst gar nicht auseinander. Diese Art der Vergangenheitsbewältigung wurde als "pathologisch" bezeichnet und der Autor, unter dem Beifall der Versammlung, in die Nähe jener "Radikalen und Zerstörer unserer Freiheit" gerückt, die sich kurz zuvor zu der großen Friedensdemonstration in Bonn versammelt hatten.

In dem einzigen Schreiben, das mir je als Resonanz von einem Mitglied des Kirchenvorstands zugegangen ist - ein Glanzstück der Selbstrechtfertigung (26.3.1982) - wurde mir berichtet, daß Propst Thies durch telefonische Anrufe belästigt werde. Unterstellt wird ausdrücklich, daß "diese Leute durch Deine Vorträge sich dazu hinreißen lassen".

Als 1981 in Kaltenkirchen eine zweite Realschule errichtet und die Öffentlichkeit aufgerufen wurde, Vorschläge zu machen für einen Namen für diese Schule, folgte zunächst keine Resonanz. Ich selber unterbreitete schließlich vier Namen zur Auswahl, darunter den des evangelischen Theologen und Märtyrers aus dem Widerstand Dietrich Bonhoeffer. Dies teilte ich der Kirchengemeinde mit (23.1.1981) in der Erwartung, diese würde meinen Vorschlag unterstützen. In der Antwort hieß es jedoch bürokratisch: "Da die Evangelisch-Lutherische Kirchengemeinde seitens des Schulträgers bisher weder um eine Stellungnahme noch um Vorschläge gebeten worden ist, Können wir im Augenblick zu den von Ihnen gemachten Vorschlägen keine Stellung nehmen". Die Schule trägt übrigens dennoch den Namen Bonhoeffers.

In den folgenden Jahren versuchte die örtliche SPD und zahlreiche andere Bürger, schließlich auch die Kreisfraktion der Grünen, der SPD und der FDP die Stadt Kaltenkirchen dazu zu bewegen, auf dem Gelände des KZ-Außenkommandos und des Stammlagers Xa für sowjetische Kriegsgefangene ("Sterbelager") je eine einfache, bescheidene Gedenkstätte zu errichten. Die Anträge wurden abgelehnt. In der Friedensgruppe Kaltenkirchen zusammengeschlossene Bürger baten die Kirchengemeinde, die Aufstellung solcher Tafeln von sich aus, also aus eigenem christlichen Antrieb, gegenüber der Stadt zu betreiben. Auch hierzu konnte sie sich nicht verstehen, da es nicht in ihre Kompetenz falle.

Wer die Kirche, gleich welcher Konfession, nicht nur als karikative Einrichtung und als religiösen Traditionsverband betrachtet, sondern als Trägerin eines denkbar hohen Anspruches, nämlich der Botschaft Jesu Christi zu verkünden und nach Kräften vorzuleben, der ist befremdet und betrübt über das Verhalten dieser Gemeinde. Luther hat seiner Kirche mit auf den Weg gegeben, sie habe eine "ecclesia semper reformanda" zu sein. Diese geforderte Bereitschaft zu dauernder "Reformation" oder auch Bewußtseinsänderung (metanoia) gilt auch für jede einzelne Gemeinde und ihre Repräsentanten. Die Öffentlichkeit ist berechtigt, die Kirche nach den Früchten einer solchen Haltung (Matthäus-Evangelium, 3,8) zu fragen.

Gerhard Hoch

III.: BERICHTE

III.1.: Aktenbestände des ehemaligen Hanseatischen Oberlandesgerichts

Die Akten befinden sich heute in Verwahrung bei der Staatsanwaltschaft des Landgerichts Hamburg. Ansprechpartner ist Staatsanwalt Beck.

Es existieren:

a.: Anzeigenverzeichnisse 1924 - 1945

b.: Aktenreste 1933 - 1945 (vor allem 1944/45); eine namentliche Liste der vorhandenen Akten existiert.

Das HOLG war räumlich zuständig für Hamburg, Bremen, Schleswig-Holstein, Lüneburg und Rostock.

Das HOLG war zuständig für Verrat militärischer Geheimnisse, Landesverrat, Spionage - ab 1933 auch für Hochverrat, Waffen- und Sprengstoffdelikte (zumindest vor 1933 keine solchen Fälle) - nach Kriegsbeginn auch für Wehrkraftzersetzung, Feinbegünstigung etc.

Die Anzeigenverzeichnisse enthalten folgende Angaben:

- Name, Geburtsdatum, Geburtsort
- Ergebnisse der Ermittlungen (Einstellung, Anklageerhebung, Abgabe an andere Gerichte)
- Ergebnis des Gerichtsverfahrens (Freispruch, Strafe)
- Vermerke über Strafverbüßung
- Aktenzeichen des Verfahrens (bei mehreren Angeklagten mit Unternummerierung)

Die örtliche Zuordnung ist bis etwa 1940 nicht möglich (keine Angaben über Wohnort), danach aus der angezeigten Gestapostelle zu ersehen, die nunmehr vermerkt ist.

Die Anzeigenverzeichnisse sind vollständig! Sie enthalten zahlreiche Angaben über Hochverratsprozesse (vor allem 1934-36 bis zu 1.000 Beschuldigte in einem Verfahrenskomplex).

Der Aktenrestbestand umfaßt ca. 200 Akten.

Sie betreffen vor allem die Kriegszeit (je später desto dichter), während aus der Zeit bis 1939 nur einzelne Prozeßakten (z.T. auch nur Bruchstücke) vorhanden sind. Für Hamburg existieren bis einschließlich 1939 ganze 8 Akten, daneben gibt es Fälle aus Kiel, Lägerdorf, Neumünster.

Aus der Kriegszeit sind etwa 80 Hamburger Akten erhalten. Sie betreffen z. T. Hochverratsfälle (u.a. Teilakten des Hamburger Verfahrens gegen die Bästlein-Jacob-Abshagen-Gruppe, Verfahren gegen Emigranten aus Dänemark).

Für Schleswig-Holstein sind von Bedeutung Verfahren gegen die illegale KPD in Flensburg, Lübeck und Neumünster. Der größte Teil der Verfahren dürfte jedoch wie auch in Hamburg "Wehrkraftzersetzung" betreffen. In den meisten Fällen handelt es sich dabei um kritische Äußerungen gegen das Regime, Zweifel am Sieg, Abhören von Feindsendern u.ä.

Anträge wegen einer Einsichtnahme für wissenschaftliche Zwecke sind an die Staatsanwaltschaft Hamburg, Pressestelle (Staatsanwalt Beck), Sievekingsplatz 1, 2000 Hamburg 36 zu richten.

Ludwig Eiber

III.2.: Antifaschistische Radrundfahrt "Die Freiheit lebt!" durch den Kreis Pinneberg

Am 22. und 23. September 1984 führte die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten (VVN/BdA) eine antifaschistische Radrundfahrt durch den Kreis Pinneberg durch (s. dazu auch Kap. VIII.: Presseberichte). Bei dieser Rundfahrt hielt Dieter Schlichting (Vorsitzender der VVN/BdA Pinneberg) eine Ansprache auf dem Zwischenhalt an der "Marseille-Kaserne" in Appen. Wir dokumentieren diese Rede:

"Wir befinden uns hier in Appen vor der 'Marseille-Kaserne', in der das II. Bataillon des Luftwaffenausbildungsregiments 1 stationiert ist. Auf dem Kasernengelände befindet sich eine Militaria-Sammlung mit der Bezeichnung 'Luftwaffenmuseum', um die Konrad Kujau den Trägerverein des Museums beneiden würde.

Gerade an dieser Stelle darf auf einer Radrundfahrt, die unter dem Motto 'Die Freiheit lebt!' steht, nicht geschwiegen werden. Es handelt sich hier um den bedeutendsten Komplex faschistischer und militaristischer Traditionspflege im Kreis Pinneberg.

Die Kaserne selbst wurde 1936 (ebenso wie die Pinneberger Eggerstedt-Kaserne 1939) zur Vorbereitung und als Voraussetzung für den Überfall auf Polen, Frankreich, Dänemark, die Sowjetunion und andere Staaten errichtet. Die Hauptstraße innerhalb der Kaserne trägt heute den Namen des ersten Kommandeurs aus dem Jahre 1936: 'Oberst-Hückel-Straße'. 1956 zog gegen den Willen der Bundesbürger die Bundeswehr in die alte Nazi-Kaserne ein und bereits 1957 entstand das fragliche Luftwaffenmuseum. Vor neun Jahren erst - nicht etwa seit der Zeit des Faschismus - erhielt die Kaserne den Namen 'Marseille-Kaserne'. Marseille war Jagdflieger in den Diensten der Hitlerwehrmacht; er fiel bei der Agression in Nordafrika 1942.

Schon die Benennung der Kaserne offenbart einen völligen Mangel an demokratischem Empfinden. Sie ist doppelt ungeeignet als Teil der Traditionspflege einer Armee, die sich immerhin als Verteidigerin von Frieden und Freiheit versteht:

- 1.: Marseille ist für eine schlechte Sache in den Krieg gezogen, für ein Terrorregime, das zahllose Länder überfiel, Millionen Menschen ermordete, Europa in Schutt und Asche legte.
- 2.: Marseille kann kein Vorbild für Soldaten in einem demokratischen Sinn sein, weil er sein 'Können' unkritisch in den Dienst dieser schlechten Sache stellte, Befehle ausführte, statt sich zu widersetzen.

Leider ist dieses Beispiel der Kasernenbenennung typisch für die gewaltige Kluft, die in der Bundeswehr zwischen Reden und Handeln liegt.

Das Luftwaffenmuseum setzt dem noch die Krone auf!

Ohne Distanz zum Hitlerfaschismus, ohne differenzierte Darstellung und Bewertung werden Kriegshelden, -dokumente und -auszeichnungen, Kriegstaten und -gerät der Hitlerwehrmacht ausgestellt, wie z.B. die Nazi-'Wunderwaffe' V-1 (einige Meter weiter ist dann der atomare Marschflugkörper 'Matador' der USA zu sehen!); Flugzeuge mit Hakenkreuzen am Leitwerk, als 'Geschenke' der spanischen Luftwaffe deklariert, also

Flugzeuge, die das Nazi-Regime an Franco lieferte, um die spanische Republik zu beseitigen; Abzeichen mit Erläuterungen wie 'Jagdgeschwader Schlageter', 'Zerstörungsgeschwader 26 Horst Wessel'; Ärmelstreifen mit Aufschriften wie 'Hermann Göring', 'Legion Condor', 'Afrika', 'Geschwader Horst Wessel'; die Fahne einer Luftwaffenschule, deren einziger 'Informationswert' offenbar in vier großen Hakenkreuzen zu liegen scheint.

Nichts wird gesagt über den Zweck der faschistischen Luftwaffe: Angriffskrieg. Nichts wird gesagt über die Opfer dieser Luftwaffe in allen Ländern seit 1936 in Spanien: Guernica. Nichts wird gesagt über die Menschenversuche, die die Luftwaffe an KZ-Häftlingen durchführen ließ.

Diese Darstellung wird auch nicht dadurch aufgehoben, daß am Ende des Rundganges im Luftwaffenmuseum eine Tafel mit den Zahlen der Toten des 2. Weltkrieges und der Ausspruch eines Teilnehmers des 20. Juli 1944 gezeigt wird - letzterer auch nur dadurch zu identifizieren, daß auf einem Schild vermerkt ist, daß es sich um einen Beteiligten des Aufstandsversuchs handele.

Den Besuchern des Museums, nach Angaben der Betreiber 400.000 seit 1964, und den hier ausgebildeten Soldaten werden auch die faschistische Luftwaffe und ihre Untaten als normaler, positiver und annehmerswerter Teil der Geschichte, als traditionswürdig vermittelt. Daß es sich nicht um die Marotte einiger 'Spinner' oder unbelehrbarer Nazis handelt, machte der Besuch von Bundesverteidigungsminister Wörner vor genau einem Jahr deutlich: Wörner bezeichnete das Museum als 'unterstützenswert'.

Das läßt die Widerstände ahnen, die der Verwirklichung eigentlich selbstverständlicher Forderungen entgegenstehen werden:

- 1.: Der Name Marseilles für die Kaserne ist nicht tragbar. Sie sollte den Namen eines Antifaschisten erhalten, der in den Internationalen Brigaden an der Seite der spanischen Demokratie kämpfte oder am Aufstand des 20. Juli 1944 teilnahm oder im 'Nationalkomitee -Freies Deutschland-' für eine schnelle Beendigung des Krieges durch Sturz der Hitler-Diktatur wirkte.
- 2.: Das Luftwaffenmuseum muß in dieser Form unverzüglich geschlossen werden, um zu vermeiden, daß weiterhin über die vordergründig neutrale und an technischen Entwicklungen orientierte Darstellung Rehabilitierung des Faschismus betrieben wird. Es muß zu einer kritischen Darstellung u.a. über Charakter und Funktion der Luftwaffe im faschistischen System und über den antifaschistischen Widerstand innerhalb und außerhalb der Hitlerwehrmacht umgestaltet werden."

Dieter Schlichting

IV.: PROJEKTE/AUFRUFE

IV.1.: Das Drägerwerk in Lübeck - ein Konzern mit zwei Gesichtern

Unter diesem Titel hat die Initiative Atomwaffenfreies Europa in Lübeck eine Broschüre herausgegeben (s. dazu auch die Rezension im Kapitel VI dieser Nummer), die sich mit der umfangreichen Rüstungsproduktion des Drägerwerkes seit 1902 beschäftigt und vor allem auf die Rolle eingeht, die das Drägerwerk während der Zeit des Faschismus gespielt hat.

Die Nachforschungen sind natürlich lückenhaft. Wir möchten deshalb alle Mitglieder des Arbeitskreises zur Erforschung des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein und alle Leser dieser Informationsschrift bitten, uns mitzuteilen, wenn sie weitere Informationen haben oder Material finden. Insbesondere brauchen wir weitere Hinweise zu folgenden Fragen:

- In Welcher Beziehung stand Heinrich Dräger zur NSDAP? War er Mitglied der Partei? Wenn ja, wie war seine Rolle im Ortsverband etc.?
 - Wo gab es in der Nähe des Werkes Arbeitslager? Was ist mit den Kriegsgefangenen und Zwangsverschleppten dort geschehen?
 - Warum wurde Dräger nicht demontiert?
- Wer uns Hinweise geben kann oder die Broschüre haben möchte (2,50), wende sich bitte an:

Jan Kalsow, Vorrader Str. 2, 2400 Lübeck

IV.2.: Aufbau eines Bildarchivs

Im Rahmen des Arbeitskreises wird an einer Bibliographie zu Geschichte des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein gearbeitet. Damit soll versteckte Literatur erstmals thematisch erfaßt und aufbereitet werden, um der Öffentlichkeit und der Forschung zur Verfügung zu stehen. Wäre es nicht auch wünschenswert, eine Bildersammlung zum Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein anzulegen?

Zwar haben wir bei der Landesbibliothek die Historische Landeshalle, zu deren Sammelgebiet auch Bilder aus der Vergangenheit des Landes gehören. Doch ist diese Stelle personell hoffnungslos unterbesetzt, so daß eine konzentrierte Sammeltätigkeit in Bezug auf Photographien dort gar nicht erfolgen kann. Insofern wäre es vielleicht wichtig, ein selbstständiges Bildarchiv zu schaffen, das vor allem Reproduktionen von Fotos aus Privatbesitz und aus bereits vorhandenen öffentlichen Sammlungen (bei Museen z.B.) enthalten sollte. Ich denke daran, aus den Katalogkarten, die der Verzeichnung der Repro-Negativ-Bestände dienen sollten, später einmal einen Katalog zu schaffen. Damit könnten bisher verstreute und versteckte Bildbestände - gerade auch aus privater Hand - gesichert

und der Forschung zugänglich gemacht werden. Die Originale könnten bei den Besitzern verbleiben und müßten nur abgeleuchtet werden.

Natürlich ist zu fragen, wie umfänglich die Erfassungstätigkeit sein sollte. Nur die Begrenzung des Sammelzeitraumes von 1933 bis 1945 dürfte nicht ausreichen. Viele "Privat"-aufnahmen würden dann die Sammlung aufblähen. Aber natürlich sind auch "private" Bilder kennzeichnend für diese Epoche: Wie zeigt man sich auf Bildern, was möchte man mit dem Bild ausdrücken? Vor allem denke ich an Fotos, die unmittelbar mit dem politischen System zusammenhängen und ihm einen Ausdruck verleihen: Parteigliederungen oder -mitglieder in Uniform, Aufmärsche, Militär, Zuchthäuser, KZ, Lager, Kasernen- und Autobahnbau, Rüstungsproduktion (Schiffbau), Krieg und -folgen u.s.w. Die Einzelheiten wären zu diskutieren.

Ich wünsche mir eine Aussprache über diesen Komplex.

Klaus Lorenzen-Schmidt
Herzhorner Rhin 23
2208 Engelbrechtsche Wild-
nis

IV.3.: Kriegsgefangenen- und Zwangsarbeiterlager in Schleswig-Holstein

Zu diesem Thema wird eine Publikation vorbereitet, deren Erscheinen für die erste Jahreshälfte 1985 vorgesehen ist. Wahrscheinlich erstmals in der Bundesrepublik wird ein auf Vollständigkeit bedachtes Verzeichnis aller Kriegsgefangenen- und Zwangsarbeiterlager in Schleswig-Holstein von 1939 bis 1945 vorgelegt, versehen mit wichtigen Angaben wie Unterbringung, Bewachung, Art der Arbeit, Belegplätze, Nationalität, Gräber.

Zweck der Veröffentlichung soll ein zweifacher sein. Zum einen soll veranschaulicht werden, wie dicht das Netz dieser Art Lager war und in welchem hohem Maße die Wirtschaft während des Krieges vom Einsatz dieser Arbeitskräfte abhängig war. Zum anderen soll die Dokumentation an den jeweiligen Orten Interesse wecken und interessierten Personen erste Einstiegsmöglichkeiten für die lokale Weiterforschung an die Hand geben (z.B. Lehrern für Projektveranstaltungen).

Diesem letzteren Zweck vor allem sollen auch kleinere Untersuchungen von Fachleuten dienen, die dem Verzeichnis vorangestellt werden. Diesen an der Praxis orientierten Aufsätzen wird zu entnehmen sein, welche Möglichkeiten sich dem lokalen Forscher bieten, aber auch mit welchen Schwierigkeiten er zu rechnen hat.

Die unterzeichnenden Herausgeber bitten alle Kollegen, etwa bei ihnen vorhandene Unterlagen, Informationen, Fotos über Lager dieser Art leihweise zur Verfügung zu stellen oder sich mit den Herausgebern in Verbindung zu setzen. Ein Sonderkonto zur Finanzierung dieses umfangreichen Unternehmens wurde eingerichtet: Rolf Schwarz, BLZ 212 300 86, Vereins- und Westbank, Kaltenkirchen, Kontonummer 86/516211.

2358 Rolf Schwarz
Dorfstr. 19
Nützen
tel. 04191/5845

2081 Gerhard Hoch
Buchenstr. 2
Alveslohe
tel. 04193/2925

IV.4.: Das KZ-Außenkommando Sasel in Hamburg

Vom Sommer 1944 bis Kriegsende befand sich in den Baracken Ecke Feldblumenweg/Aalkrautweg in Hamburg-Sasel ein Außenlager des Konzentrationslagers Neuengamme. Fünfhundert jüdische Frauen aus dem KZ Auschwitz waren hier untergebracht. Sie leisteten Schwerarbeit bei der Trümmerbeseitigung und anderen Einsätzen (Ausführlich berichtet über das Lager die Broschüre des Gymnasium Oberalster: "KZ Sasel", erhältlich in der KZ-Gedenkstätte Neuengamme). Ein Kommando war mit der Montage von "Plattenhäusern" beim S-Bahnhof Poppenbüttel eingestzt. Dort wurde eine große Siedlung von Behelfswohnheimen für Familien errichtet, deren Wohnungen durch Bomben zerstört worden waren. Die vorgefertigten Betonteile (Pfeiler und Platten), aus denen die Häuser montiert waren, stellte das KZ-Klinkerwerk in Neuengamme her.

Im vergangenen Jahr wurden die noch erhaltenen "Plattenhäuser" bis auf eines abgerissen. Das letzte erhaltene Plattenhaus am Pfefferminzkamp 5-7 ist inzwischen unter Denkmalschutz gestellt worden.

In diesem Haus wird die Freie- und Hansestadt Hamburg - Kulturbehörde - die "Gedenkstätte Plattenhaus Poppenbüttel" errichten. Dabei wird die rechte Wohnung des Doppelhauses wieder als Behelfswohnheim, entsprechend dem Zustand zum Zeitpunkt seiner Entstehung 1944, eingerichtet werden. Die andere Wohnung, die als Begegnungsstätte geplant ist, soll eine Ausstellung über das KZ-Außenlager Sasel zeigen. Für beide Vorhaben bitten wir um Unterstützung.

Wir benötigen:

- Mobiliar, das in der Zeit des Krieges für Behelfswohnheime hergestellt wurde oder dort verwendet wurde wie Tische, Stühle, Schränke, Betten etc. ...
- Einrichtungsgegenstände aus dieser Zeit wie Volksempfänger, Geschirr und Besteck, Wäsche etc.
- Dokumente, Baupläne, (u.a. die Bauanleitung "Behelfsheimfibel"), Fotos, Zeichnungen, Berichte, die die Herstellung der Bauteile und den Aufbau der Plattenhaussiedlung Poppenbüttel betreffen,
- Fotos, Dokumente, Briefe und andere Unterlagen, die das KZ-Außenlager Sasel, seine Häftlinge und Arbeitskommandos (u. a. Montage der Plattenhäuser) betreffen,
- Gegenstände, die im KZ verwendet wurden, wie Mobiliar, Häftlingskleidung, EBgeräte, Uniformen, Waffen und Ausrüstungsgegenstände der Waffen-SS, Elektroisolatoren und Schweißwerfer des Lagerzaunes etc.,
- Augenzeugen, die die Frauen im Lager, auf dem Marsch oder bei der Arbeit gesehen haben.

Wer dazu Auskünfte geben kann, wende sich bitte an:

- Museum für Hamburgische Geschichte, Holstenwall 24,
2000 Hamburg 36, Herr Dr. Bauche, Telefon 34912-2364

- KZ-Gedenkstätte Neuengamme, Neuengammer Heerweg, 2050 Hamburg 80, Herr Dr. Eiber, Tel.: 723 10 31
- Ortsamt Alstertal, 2000 Hamburg, Herr Mahnke, Tel. 602 98 201

IV.5.: Jugend in Kiel zu Beginn der NS-Zeit

In einer Magisterarbeit möchte ich am Beispiel Kiels darstellen, wie die HJ ihren Totalitätsanspruch gegenüber anderen Jugendorganisationen und in allen jugendpolitischen Bereichen durchgesetzt hat und wie sie ihre jeweiligen politischen Ziele realisierte.

Hat jemand Kenntnis davon, wo Akten der Kieler HJ bzw. sie betreffende Dokumente zu finden sind?

Hat jemand Informationen über die Jugendorganisationen der Arbeiterbewegung, über deren Aktivitäten vor Beginn der NS-Herrschaft, die Reaktion der Mitglieder auf die Zerschlagung ihrer Organisationen sowie Widerstandstätigkeit etc.?

Kennt jemand Personen, die damals in der SAJ, dem KJVD oder anderen Organisationen wie auch in der HJ organisiert waren oder aber anders mit der HJ in Berührung gekommen sind und darüber berichten mögen?

Von besonderem Interesse wären Informationen über die soziale Zusammensetzung der HJ, über Einflußnahme der HJ auf Arbeitsvermittlung und Berufsausbildung sowie überhaupt über die Veränderung der Arbeitsbedingungen Jugendlicher in den Kieler Betrieben.

Wer weiterhelfen kann melde sich bitte bei Margot Knäuper, Eckernförder Str. 79, 2300 Kiel 1, Tel. 17405

VI. REZENSIONEN

VI. 1.: KZ Wedel - Das vergessene Lager

Wieder waren es nicht-professionelle Historiker, die nachholten, was die Meister der Zunft fast 40 Jahre lang versäumten. Was die drei Autoren aus Wedel - M. Wolf, U. Auge-Wolf, S. Latzel - im November 1983 im Selbstverlag herausbrachten, kommt nicht im Gewand einer Seminararbeit daher, wird für manchen Lehrstuhlinhaber auch wieder kaum "zitierfähig" sein. Aber es ist hart und unmittelbar an den Tatsachen dran, und es nützt den Menschen heute und morgen. Das ist entscheidend.

Drei junge Christen sind es, eine Frau und zwei Männer, die diese Arbeit geleistet haben, und, erstaunlich und erfreulich genug, die evangelische Christus-Gemeinde Schulau, Wedel steht dahinter und zeichnet als Herausgeber.

Kurz und auf das Wesentliche beschränkt wird der Leser eingeführt in System und Alltag der Konzentrationslager, in das KZ Neuengamme und das dichte Netz seiner Außenkommandos, das sich auch nach Wedel erstreckte. Im September 1944 wurden die 12 Baracken erstmals mit 500 jüdischen Frauen aus der Tschechoslowakei und Ungarn belegt, die man aus Auschwitz hierher transportiert hatte. Sie wurden zur Trümmerbeseitigung im Hamburger Freihafen eingesetzt, bewacht von bewaffneten Zollbeamten. SS-Unterscharführer Walter Kümmel als Lagerführer und seine weiblichen SS-Aufseherinnen bürgten für die üblichen Quälereien. Am 17. Oktober 1944 wurden die Frauen nach Hamburg-Eidelstedt verlegt. Das Lager wurde sodann aus Neuengamme neu belegt mit 500 Männern vorwiegend aus der Sowjetunion und Polen, sowie mit Niederländern aus dem von den Deutschen zerstörten Dorf Putten. Sie alle wurden zum Bau von Panzergräben bei Sülldorf eingesetzt. Das Lager, die Märsche und Transporte zu und von der Arbeit selber spielten sich auch hier vor den Augen zahlloser Bürger ab. Eindrucksvoll führen die Autoren vor Augen, wie die "Aufarbeitung" dieser Vergangenheit geschah. Kümmel mußte sich 1982 in Hamburg vor Gericht verantworten. Freispruch und Verjährung ersparten ihm Unannehmlichkeiten. Ein Gedenkstein mit Namen von hier umgekommenen Häftlingen verschwand 1970 und wurde auf dem Friedhofsmüll wiedergefunden - ein ordentlicher Verwaltungsakt. Ein neu in Auftrag gegebener Gedenkstein "Für die Opfer des Nationalsozialismus" vermied dezent die Erwähnung des KZ Wedel. Autoren und Christus-Gemeinde wissen: "Verdrängung ist der erste Schritt hin zur Wiederholung des gesamten Mechanismus", wie sie einleitend schreiben. Darum gehen ihre Bemühungen um ein angemessenes Mahnmal trotz aller deprimierender Erfahrungen mit den Verantwortlichen der Stadt weiter.

Aufschlußreich sind die meist nicht sehr positiven Erfahrungen der Autoren bezüglich der Benutzung des Stadtarchivs, sowie die Schilderung ihrer Beziehungen zu dem Dorf Putten. Die im Anhang abgedruckten Stücke aus dem Schriftwechsel mit den Behörden der Stadt Wedel, insbesondere mit dem Bürgermeister, wecken Fragen: Sind die Andeutungen des Bürgermeisters richtig, daß die Kirchen-

gemeinde in Alt-Wedel - nicht in Schulau - an der Beseitigung des ersten Gedenksteinens beteiligt war? Wie konnte die Kirche überhaupt so lange ungestört und friedlich im Schatten solcher Gräber dahinleben? Inwieweit ist auch der christlich-engagierte Teil der Wedeler Bevölkerung am allegemeinen Verdrängungsprozeß beteiligt? Fragen, denen nachzugehen man den Autoren bzw. der herausgebenden Gemeinde empfehlen möchte. Den Mut und die Kraft dazu haben sie bewiesen mit der vorliegenden Dokumentation.

Gerhard Hoch

VI.2.: Das Drägerwerk - ein Konzern mit zwei Gesichtern, hrsg. von der Initiative Atomwaffenfreies Europa, Lübeck 1984, broschiert, 32 Seiten, 2,50 DM; zu beziehen über: Alternative, Auf der Wallhalbinsel 27, 2400 Lübeck

Lübeck bildet - neben Dithmarschen und Ostholstein - einen der letzten "weißen Flecken" auf der Landkarte Schleswig-Holsteins, was die Mitarbeit von Historikern und Laien im Arbeitskreis zur Erforschung des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein anlangt. Schon von daher ist es zu begrüßen, daß mit der vorliegenden Broschüre das Augenmerk auf die "Freie und Hansestadt" gelenkt wird, die ja erst 1937 im Rahmen des "Großhamburg-Gesetzes" quasi nach Schleswig-Holstein zwangs-"eingemeindet" wurde. Die jahrhundertelange, selbständige Entwicklung der einstigen "Königin der Hanse" und Vaterstadt so großer Deutscher wie Heinrich Mann, Erich Mühsam und Willy Brandt hat dabei sicher zu ihrer relativen Abgeschiedenheit von den schleswig-holsteinischen Verhältnissen beigetragen. Umsomehr läßt daher der vorliegende, kurze Abriß der Geschichte des Dräger-Konzerns aufmerken - handelt es sich meines Wissens doch um den ersten Ansatz zu einer Firmengeschichte in Schleswig-Holstein, der auch das 20. Jahrhundert einschließt. Selbst der verdienstvolle "Arbeitskreis für Wirtschafts- und Sozialgeschichte" hatte hierzu bislang nichts zu vermelden. Und es braucht an dieser Stelle sichernicht besonders darauf aufmerksam gemacht zu werden, welche - auch für die allgemeine Geschichte und die Geschichte der Zentralinstitutionen - wesentlichen Aufschlüsse gerade aus Betriebsstudien hinsichtlich der NS-Zeit gewonnen werden können (vgl. nur das äußerst instruktive Werk von Gerhard Wysocki, "Zwangsarbeit im Stahlkonzern - Salzgitter und die Reichswerke 'Hermann Göring' 1937-1945", 223 S., Braunschweig 1982).

Auf der Titelseite der Lübecker Broschüre stehen sich Begriffspaare wie "Staubfilter-Volksgasmaske", "Narkoseapparat-Heeresatmer" und "Drägerpark-KZ-Häftlinge" gegenüber, und schon der Name der Herausgeber-Initiative läßt den Leser nicht im Zweifel, welches der damit angedeuteten "zwei Gesichter" des Dräger-Konzerns hier behandelt werden soll, nämlich das der Kriegs- und Rüstungsproduktion. Dabei gestaltete sich der Beginn der Firmengeschichte am 1.1.1889 noch durchaus friedlich. Damals eröffnete Heinrich Dräger eine "Lübecker Bierdruckapparats- und Armaturenfabrik", die ab 1902 als "Drägerwerk" firmierte. Die Produktionspalette war noch im 19. Jahrhundert stark aus-

geweitet worden, basierte jedoch stets auf Geräten für verdichteten Sauerstoff in Verbindung mit Druckventilen (S. 5). So wurden Anfang des Jahrhunderts verschiedene medizinische Apparate entwickelt (Narkose- und Beatmungsgeräte, etc.), und als deren militärische Gegenstücke entstanden im 1. Weltkrieg die sogenannten "Heeresatmer". Der erste große Gasangriff der Geschichte am 22.4.1915 bei Ypern wurde von deutschen Pionieren ausgeführt, die Dräger-Apparate trugen - und Produzent Bernhard Dräger, der Sohn des Firmengründers, wurde für sein Engagement im ersten "totalen Krieg" Deutschlands noch 1918 vom Kaiser mit dem "Eisernen Kreuz am weißen Bande" ausgezeichnet (S.8). Auch nach dem Ende der sinnlosen Materialschlachten und der preußisch-deutschen Monarchie mußte das Lübecker Familienunternehmen nicht lange auf die Rüstungsproduktion verzichten. Bereits am 18.2.1929 berichtete Willi Bredel in der "Hamburger Volkszeitung" über die Herstellung von Einzelteilen für Hunderttausende von Gasmasken sowie von U-Boot-Ventilen bei den Drägerwerken, die sich im Rahmen des geheimen Aufrüstungsprogramms der "Schwarzen Reichswehr" vollzog. Bredels aufschlußreicher Bericht, der in der Broschüre ausgiebig zitiert wird (S. 9ff), brachte ihm ein Jahr später eine Anklage wegen "Hoch- und Landesverrats" vor dem Reichsgericht ein. Bei den Drägerwerken hingegen fragte der Reichswehrminister schon am 24.3.1932 wegen der Herstellung von "Volksgasmasken" an. Doch erst am 5.6.1937 verkündete Göring bei einer Luftschutz-Großkundgebung in Berlin den Produktionsbeginn. Unterdessen waren die Drägerwerke allerdings nicht untätig geblieben, hatten 1932 ein 280seitiges Buch über "Kollektiven Gasschutz im Luftschutz" publiziert und Zehntausende von "Volksgenossen" in werkseigenen Kursen im Gasschutz ausgebildet. Wieder wurde die Produktionspalette erweitert - bis hin zu so makaberen Spielereien wie "Gasbettchen" und "Gasjäckchen" für die Jüngsten (S. 13f.).

Der nunmehrige Werksinhaber Heinrich Dräher, Enkel und Namensvetter des Firmengründers, hatte bereits 1932 in der von Gottfried Feder herausgegebenen Reihe "Nationalsozialistische Bibliothek" eine volkswirtschaftliche Abhandlung publiziert (S. 23 ff). Nach der "Machtergreifung" besuchten Nazi-Größen wie Robert Ley das Werk, und bei Betriebsappellen verlieh auch der Firmeninhaber selbst seiner Dankbarkeit gegenüber dem "Führer" deutlichen Ausdruck. Während des Zweiten Weltkrieges verließen nicht nur die bereits erwähnten und in der Broschüre vielfach illustrierten "Volksgasmasken VM 37 und VM 40" sowie entsprechende Heeresgeräte in großer Stückzahl den Lübecker Betrieb, sondern auch U-Boot-Teile und Atemgeräte für die Luftwaffe. Im Bunkerbau fand das Unternehmen ein weiteres Betätigungsfeld. Gegen Kriegsende waren wie wohl allenthalben in der deutschen Rüstungsindustrie auch bei den Drägerwerken Zwangsverschleppte und Kriegsgefangene "im Arbeitseinsatz". Und am 2.5.1944 eröffnete man in Hamburg-Wandsbek ein Zweigwerk, wo bis zum Kriegsende über 500 weibliche KZ-Häftlinge, die administrativ dem KZ Neuengamme unterstanden, unter menschenunwürdigen Be-

dingungen in der Gasmaskenproduktion schufteten mußten. Zu diesen wohl dunkelsten Punkten der Firmengeschichte - dem Einsatz der Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge - hat die Lübecker Initiative bislang allerdings keine weiterführenden Materialien ermitteln können (S. 27).

Auch nach dem Ende des "Tausendjährigen Reiches" dauerte es nur wenige Jahre, bis der Dräger-Konzern wieder im Rüstungsgeschäft aktiv wurde und bereits 1952 erneut mit Bunkerbauten experimentierte (S. 22). Das Betätigungsfeld des Unternehmens reicht heute von der Beteiligung am us-amerikanischen "Spacelab" über die Sauerstoffversorgungsanlagen des Alpha-Jet und MRCA Tornado sowie ABC-Schutzanlagen in Bundeswehr-Panzern bis zur Ausstattung von Atombunkern und der Produktion von unterdessen geradezu simpel anmutenden Gasmasken. Doch selbst im chemisch-biologischen Golfkrieg trägt die iranische Armee heute Dräger-Masken (S. 30). Und so könnte die Devise des Konzerns fast lauten "Von Ypern bis Schat-el-Arab - DRÄGER ... überall dabei". Das 1970 in eine Aktiengesellschaft umgewandelte Familienunternehmen wird unterdessen von den Urenkeln Christian und Theo Dräger repräsentiert und ist der zweitgrößte Betrieb Schleswig-Holsteins. Mit seinen Kriegs- und Rüstungsgewinnen hat sich das Unternehmen zu einem internationalen Konzern gemausert, der über Fertigungsstätten in Großbritannien, USA, Brasilien, Frankreich und Australien, 18 Tochterfirmen und eine Holdinggesellschaft in der Schweiz verfügt (S. 29).

Man kann diese Lübecker Broschüre kaum ohne Betroffenheit aus der Hand legen. Der sachlich-nüchterne Stil der Darstellung, in der auf jede Polemik verzichtet wird, führt den Leser unwillkürlich zu der Frage, ob denn aus der Geschichte nichts gelernt wird, ob gerade dieses Unternehmen sein durch zwei Kriege betriebenes, tödliches Geschäft heute so ungeniert fortsetzen muß. Die Lübecker Initiative hat damit ihr Ziel, nachdenklich zu stimmen, bei den Lesern sicherlich erreicht.

- Die Darstellung basiert im Einzelnen ausschließlich auf publizierten Materialien, die exakt belegt und hervorragend aufbereitet dargeboten werden. Der Hauptteil der Informationen konnte aus der Hauspostille des Drägerwerkes selbst, den bereits seit 1914 erscheinenden "Dräger-Heften", entnommen werden. Hinzu treten sorgfältig ausgewählte Materialien aus anderen Publikationen. Insbesondere ist das, was in der vorliegenden Broschüre geboten wird, ein meisterhafter Journalismus, der ausgesprochenes historisches Verständnis verrät und der sich auch in dem guten sprachlichen Stil der Darstellung widerspiegelt.

Darüber hinaus bildet die vorliegende Broschüre einen ersten Ansatz zu einer Geschichte des Dräger-Konzerns. Und es wäre sehr zu wünschen, daß die Lübecker Initiative ihre Arbeit in Richtung auf eine umfassende Betriebsstudie fortsetzt. Vielleicht könnten über die Vermittlung von Betriebsrat und Gewerkschaften Gespräche mit älteren Kollegen geführt werden - und eventuell ist es ja sogar möglich, an das Firmen-Archiv heranzukommen. In Hamburg-Wandsbek sollen bereits zwei Studenten mit der Erforschung des Dräger-Zweigwerkes und des Außenkommandos des KZ Neuengamme befaßt sein (vgl.: "KZ

Neuengamme und Außenlager - Protokoll der Arbeitstagung vom 18./19. 2.1984 im Museum für Hamburgische Geschichte", Hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft Neuengamme für die Bundesrepublik in Zusammenarbeit mit der KZ-Gedenkstätte Neuengamme, Hamburg 1984, S. 32) und das Beispiel der Klöckner-Hütte Bremen zeigt, wie an Hand von Erinnerungen älterer Arbeiter die Geschichte eines Betriebes in der NS-Zeit rekonstruiert werden kann ("Riespott - KZ an der Norddeutschen Hütte", hrsg. von einer Kollegengruppe der Klöckner Werke AG, Bremen 1984, broschiert, 80 Seiten; zu beziehen über: Robert Milbradt, Auf dem Delben 35, 2800 Bremen). - Die Lübecker Initiative bittet am Schluß ihrer Broschüre um weitere Informationen, was nicht nur hinsichtlich einer Betriebsstudie hoffen läßt, sondern worauf auch konkret mit einigen Angaben eingegangen werden soll: Im Bundesarchiv Koblenz wird die 1944 vom "Maschinellen Berichtswesen" des Reichsministers für Rüstungs- und Kriegsproduktion" angelegte "Reichsbetriebskartei" verwahrt. Diese Kartei bildete einen Teil der Bemühungen des "Ministeriums Speer" um die totale Erfassung, Standardisierung, Effektivierung und Durchsetzung von Höchstleistungsquoten der Kriegswirtschaft, die im Sommer 1944 mit dem größten Ausstoß an Rüstungsgütern in Deutschland überhaupt ihren Höhepunkt erreichten. Die "Reichsbetriebskartei" wurde wie entsprechende weitere Karteien auf der Basis des "Hollerith"-Lochkarten-Systems - einem mechanischen Vorläufer der heutigen elektronischen Datenverarbeitung - angelegt (vgl. hierzu auch: Helga Arp, "Vom Zählblättchen zur Volkszähl-tabelliermaschine", in: Götz Aly, "Die restlose Erfassung - Volkszählen, Identifizieren, Aussondern im Nationalsozialismus", Berlin 1984, S. 16-20). Hinsichtlich der schleswig-holsteinischen Rüstungsbetriebe sind die Angaben in der "Reichsbetriebskartei" weitgehend vollständig. Über die Drägerwerke finden sich dort unter der Betriebsnummer O/0499/0003 folgende Eintragungen:

Stand der Erfassung: 25.2.1944

Drägerwerk

Heinrich und Bernhard Dräger

Moislingerallee 53

Lübeck

Produktion: Gasschutz- und Atemgeräte, Höhenfahrgeräte, Heeresatmer, Bergbaugeräte, U-Boot-Luftaufbereitungsanlagen, Tauchergeräte, Schwimmwesten, medizinische Geräte, Autogengeräte

Produktionsfläche: 37.494 m²

Gesamtbetriebsfläche: 101.948 m²

Beschäftigte: 3.485

Gründungsjahr: 1902

Zweigwerke: Gummi-Werk Hamburg, Hamburg-Wandsbek (2 Betriebe)
Wolbron, Krakau
Auperschin, Sudetenland
Schlettstedt, Elsass
Böhlitz-Ehrenberg, Leipzig

Insbesondere die Angabe der Zweigwerke dürfte von Interesse sein und den Schluß zulassen, daß sich der Dräger-Konzern auch in den von Deutschland nach 1938 annektierten oder okkupierten Gebieten lebhaft an deren Ausplünderung beteiligte.

Klaus Bästlein

VII.: DÄNISCHE NEUERSCHEINUNGEN ZUR ZEITGESCHICHTE

Die folgenden Hinweise auf dänische Neuerscheinungen zur Zeitgeschichte sind der in Kopenhagen erscheinenden Tageszeitung "Information" entnommen. Sie bilden lediglich eine Auswahl aus der in "Information" wöchentlich erscheinenden Rubrik "Über neue Bücher". Irgendein Anspruch auf Vollständigkeit wird daher nicht erhoben.

Die Hinweise umfassen den Zeitraum von Januar bis Mitte September 1984. Bei den Erläuterungen zu den einzelnen Bänden handelt es sich um Übersetzungen aus "Information", soweit nicht ausdrücklich andere Verfasser genannt werden.

1.: Historische Darstellungen

- Knud Fanø, Frederik Rudbeck, Inger Bjørn Svensson, "Det unge grænseværn" (Die junge Grenzwehr), 328 S., illustriert, 150,00 dkr., Andreas Clausens boghandel/Sønderbor.

Die Schrift zum 50jährigen Jubiläum des Verbandes mit Artikeln aus den Jahren 1933-39, als "die junge Grenzwehr" eine wichtige Rolle im Grenzland spielte.

- Steen M. Andersen, "Modstandsorganisationen Ringen" (Die Widerstandsorganisation 'Der Ring'), 176 S., illustriert, 109,80 dkr., Odense Universitets forlag.

Eine Untersuchung über die Widerstandsorganisation 'Der Ring' und die Personen, die hinter ihm standen.

- Isi Grünbaum, "Danmark blev ikke frit!" (Dänemark wurde -1945- nicht frei!), 272 S., illustriert, 165,00 dkr., Socialistiske Økonomers Forlag.

Ausgewählte Artikel und Vorträge Isi Grünbaums aus 50 Jahren. "Die Visionen der Widerstandsarbeit aus den Jahren 1940-45 über ein freies und unabhängiges Dänemark wurden nicht verwirklicht. Lies die Kommentare eines Mannes, der tief in den Widerstandskampf verwickelt war" (Verlagsankündigung).

- Jørgen Røjel, "Modstandsgruppen Hvidsten" (Die Widerstandsgruppe Hvidsten), 256 S., illustriert, 148,00 dkr., Samleren.

Eines der dramatischsten Kapitel der Besatzungszeit wird von dem Arzt und Widerstandskämpfer Jørgen Røjel geschildert.

- Nils Vollertsen, "SPD, Socialdemokratiet og det danske mindretal", 120 S., illustriert, 97,60 dkr., Odense Universitets forlag.

Nils Vollertsen, heute Lehrer in Tönning, schildert die Geschichte der dänisch gesinnten Sozialdemokraten in Flensburg 1945-54: Ihren Bruch mit der deutschnationalen

SPD unter Schuhmacher, die Geschichte der sogar im Bundes- tag vertretenen "Sozialdemokratischen Partei Flensburg (SPF)" und die endliche "Wiedervereinigung" mit der Mutter- partei (Klaus Bästlein).

- Jesper Vang Hansen, Esben Kjeldbæk, Bjarne Maurer, "In- dustriisabotagen under Besættelsen i tal og kommentar" (Die Industriesabotage während der Besatzungszeit - Zahlen und Kommentare), 110 S., 35,00 dkr., Frihedsmuseets Venner Forlag, Churchillparken 7, København K.

Mit dem vorliegenden Jahrbuch 1984 des Vereins der Freunde des Freiheitsmuseums in Kopenhagen werden die ersten Ergeb- nisse eines längerfristigen Forschungsprojekts des Freiheits- museums über die Sabotage an industriellen Anlagen in Däne- mark zwischen 1940 und 1945 publiziert. Als Quellen dienten einerseits die Unterlagen der dänischen Polizei sowie der Versicherungen über die Sabotagefälle und andererseits In- terviews mit ehemaligen Saboteuren. Der vorliegende Band ist dabei hauptsächlich Methodenfragen sowie der Wiedergabe des statistischen Materials gewidmet. Weitere Publikationen werden folgen. Insgesamt wurden zwischen 1940 und 1945 durch Sabotage Schäden in Höhe von 124.515.100 Kronen angerichtet - ein Wert, der hinsichtlich des heutigen Preisniveaus mit dem Faktor 20 multipliziert werden müsste. 39% der Schäden gingen allein auf das Konto der kommunistischen BOPA, was übersetzt soviel heißt wie "Bürgerliche Partisanen" (Klaus Bästlein).

- Claus Bryld, "Historie og offentlighed" (Geschichte und Öffentlichkeit), 209 S., 75,00 dkr., Forlaget Modtryk/Ar- hus.

Nicht nur im schleswig-holsteinischen Landesarchiv, sondern auch in dänischen Archiven gibt es Schwierigkeiten mit dem Zugang zu Archivalien. Die normale Sperrfrist für Archivalien in Dänemark beträgt 50 Jahre, es werden aller- dings Ausnahmegenehmigungen erteilt. Und darum gibt es seit nunmehr 25 Jahren heftige Auseinandersetzungen in der dänischen Öffentlichkeit. Während die seltsamen Methoden des schleswig-holsteinischen Landesarchivs nur einen klei- nen Kreis betroffener Historiker beunruhigte, waren die Verhältnisse in Dänemark auch bereits mehrfach Gegenstand von Folketings-Debatten. Das vorliegende Buch dokumentiert die Auseinandersetzungen durch die vergangenen 25 Jahre, und enthält ein entschiedens Plädoyer des Historikers Claus Bryld für einen freien, wissenschaftlichen Archivzugang. Das Buch ist angesichts der schleswig-holsteinischen Ver- hältnisse eine mehr als spannende Lektüre über den "Kampf um die Quellen" ("kampen om kilderne"). In einem Essay in "Information" vom 9.1.1984 fragte Claus Bryld bereits deut- lich: "Hvem ejer historien?" (Wem gehört die Geschichte?)- (Klaus Bästlein).

2. Sozialgeschichte

- "Arbog for arbejderbevægelsens historie 1983" (Jahrbuch für die Geschichte der Arbeiterbewegung 1983), 240 S., 130,00 dkr., Selskabet til forskning i arbejderbevægelsens hi- storie.

Nachdem sich die vorangegangenen Jahrbücher eher der empirischen, historischen Forschung gewidmet hatten, be-

handelt der vorliegende 13. Band mehr ideengeschichtliche Fragestellungen mit durchaus aktuellen Bezügen. Die einzelnen Beiträge sind um die Stichwörter "Demokratie - Macht - Sozialismus" gruppiert. Curt Sørensen analysiert das Verhältnis von Demokratie und Revolution bei Lenin, Kautsky und Luxemburg. Niels C. Sidenius untersucht das Verhältnis von sozialistischer Handlung und deren Umsetzung in praktische Politik an Hand verschiedener Demokratiebegriffe. Karin Hansen und Lars Torpes behandeln "die Demokratie in Dänemark - sozialdemokratisch Gesehen". Torben Hviid Nielsen ergänzt die Auseinandersetzungen mit einer an der Machtausübung orientierten Darstellung. Daneben enthält das Jahrbuch zahlreiche weitere Beiträge. "Information"s Rezensent nannte es einen "inspirierenden Diskussionsband" (nach Morten Thing in der Ausgabe vom 18.1.1984).

- Jens Brincker, Finn Gravensen, Carsten E. Hatting, Niels Krabbe, "Den europæiske musikkulturs historie fra 1914" (Die Geschichte der europäischen Musikkultur von 1914 bis zur Gegenwart), 366 S., 240,00 dkr., Gyldendal. Der 3. und letzte Band von Gyldendals Musikgeschichte, die unter starker Berücksichtigung sozialgeschichtlicher Bezüge geschrieben wurde.
- Svend Aage Hansen, Ingrid Henriksen, "Dansk socialhistorie" (Dänische Sozialgeschichte), bd. 1: "Sociale byrðninger 1914-39" (Soziale Belastungen 1914-39), bd. 2: "Velfærdsstaten 1940-83" (Der Wohlfahrtsstaat 1940-83), 428 S. und 424 S., 118,00 dkr. pro Band, Gyldendal.

Neuaufgabe der letzten beiden Bände der dänischen Sozialgeschichte - mit einem neuen Anhang über das Ende des "Wohlfahrtsstaates".

3.: Lokalgeschichte

- Klaus Egeberg, "Til oplevelse af historisk sans" (Zum Erleben historischen Sinns), Lokalhistorik institut ved Københavns Universitet.
Eine Abschlußarbeit an der Kopenhagener Universität, die die Analyse dreier lokalhistorischer Jahrbücher zum Gegenstand hat.
- Richard G. Nielsen, "Odins Taarn" (Odins Turm), 79 S., illustriert, Mammens Bogtrykkeri, Odense.
Von 1935 bis 1944 war Odins 211 Meter hoher Turm bei Odense der Stolz aller Bewohner Fünens - dann wurde er Opfer der "Schalburstage", des deutschen Gegenterrors gegen die Sabotage in Dänemark. Der Verfasser rekonstruiert die Geschichte des Turms, seines Baus, der Sprengung und dem Verbleib der Einzelteile, die in den schwierigen Jahren nach 1945 bald "recykelt" wurden ...

4.: Autobiographien und Tagebücher

- Mads Nissen Styrk, "En sønderjysk bondedreng, der drog ud" (Ein süd-jütischer Bauernjunge, der in die Welt zog), 152 S., illustriert, 85,00 dkr., Husets forlag/Århus.
Erinnerungen an eine Kindheit in Süd-Jütland, den Widerstand in der Gruppe "Dansk Samling" und enttäuschte Erwartungen. Aus dem Bauernjungen wurde ein Sozialist.

- Franz Wingender, "Krigens lænker" (Fesseln des Kriegs), 212 S., illustriert, 150,00 dkr., Dansk Centralbibliotek for Sydslesvig/Rosenkilde og Bagger.

Das Tagebuch des dänisch gesonnenen Flensburgers Franz Wingender aus den Jahren 1939-44.

5.: Literarische Darstellungen

- Paul O. Andersen, "Sammen i Sommeren" (Gemeinsam im Sommer), 120 S., 134,00 dkr., Gyldendal.

Zusammenhängende Erzählungen aus dem jütischen Bauernmilieu während und nach der Besetzung.

- Hans Kirk, "Djævelens penge" (Geld des Teufels), 206 S., 39,75 dkr., Asschenfeldt/Vinteren.

Kirks berühmter Roman über dänische Kriegsgewinnler (værnemagere) aus dem Jahre 1952 - jetzt als Billigbuch.

Klaus Bästlein